

99/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 45. Sitzung, 19.06.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

TONBANDABSCHRIFT
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen

45. Sitzung / öffentlicher Teil

Dienstag, 19.06.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:07 Uhr – 14:50 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 19

Walter Murauer

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



TONBANDABSCHRIFT

45. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 19. Juni 2007

Gesamtdauer der 45. Sitzung:
9.07 Uhr – 14.50 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.07 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz: Kurze Geschäftsordnungssitzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir befinden uns jetzt in öffentlicher Sitzung und wir werden so vorgehen, wie wir das vorher in der Geschäftsordnungssitzung vereinbart haben. Das heißt, wir kommen zur Anhörung. Es wird gemäß Verfahrensordnung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema...

Bitte die Journalisten herein zu lassen. Es wird eine persönliche Erklärung in der Öffentlichkeit zum Beweisthema von Herrn Ministerialrat Wall geben. Dann werden wir zu Fragen des Vergabeverfahrens in der öffentlichen Sitzung kommen und dann werden wir in nicht öffentlicher Sitzung Detailfragen zu den Vermögensverhältnissen stellen.

Und damit beginnen wir. Bitte auch wieder zu beachten, wir haben heute wieder Tonbandaufzeichnung, das heißt, bei den Zwischenrufen eher zurückhaltend zu sein und jeden Zwischenruf mit der Namensnennung zu beginnen, sonst handelt es sich um einen ungültigen Zwischenruf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zur Anhörung von Herrn **Ministerialrat Mag. Edwin Wall.** Danke, für Ihr Erscheinen.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss, wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Personalien sind bei Protokoll. Ich gehe davon aus, dass sich nichts daran geändert hat. Ist das richtig?

MinR. Mag. Edwin Wall: Das ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Landesverteidigung, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Die übliche Mitteilung, dass zu einer höheren Geheimhaltung unterliegenden Unterlagen, wie etwa NATO-restricted und Ähnlichem in öffentlicher Sitzung keine Mitteilung gemacht werden soll, ist bekannt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach für Sie schlagend werden, ersuche ich Sie, sich an den Verfahrensanwalt oder an mich zu wenden, damit wir die weitere Vorgangsweise besprechen.

Wie wir bereits vorher besprochen haben, wird es jetzt zu einer persönlichen Erklärung von Herrn Ministerialrat Wall zum Beweisthema kommen. Dann gibt es eine Befragung in öffentlicher Sitzung zu weiteren Fragen die das Verfahren betreffen. Und dann werden wir zur Frage die jetzt angesprochen wird, in nicht öffentlicher Sitzung noch weitere Fragen stellen. Möglicherweise wird es nachher dazu eine Erklärung geben, das hängt vom Verlauf dieser Befragung ab.

Herr Ministerialrat Wall, bitte um Ihre Erklärung.

MinR. Mag. Edwin Wall: Danke, Herr Vorsitzender! Nur eine kleine Korrektur. Ich wurde nicht zu einem Beweisthema geladen, sondern ich wurde zu sieben Beweisthemen geladen.

Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Erlauben Sie mir, bevor ich Ihnen Ihre vorbereiteten Fragen beantworte, selbst einige Dinge einleitend festzuhalten. Ich habe bereits dreimal vor diesem Ausschuss als Auskunftsperson befragt alle an mich gestellten Fragen ausführlich und ohne etwas zu verschweigen beantwortet. Der an mich ergangenen Einladung entnehme ich, dass mein heutiges Erscheinen auch neuerlich der Beantwortung von Fragen zur Beweisthemen dienen soll, die bereits Inhalt voriger Einladung gewesen sind.

Ich gehe folglich davon aus, dass Fragen in diesen bereits von mir beantworteten Themenkreisen, sich auf neue Informationen des Ausschusses gründen und Wiederholungen nicht stattfinden. Die Fassung der Beweisthemen in ihrer Allgemeinheit und der mangelnde Bezug zu meiner Person, hat leider eine spezielle Vorbereitung anders als bei meinem bisherigen Erscheinen nicht ermöglicht.

Ich habe aber trotzdem eine Kopie der gültigen Prüfbescheinigung des Abwehramtes vom 30. Oktober 2002 mitgebracht, mit der meine Integrität nach einem ausführlichen Prüfungsverfahren festgehalten wird.

Abschließend möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich über Ihr Vorgehen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, nämlich schwerwiegende und mich in meiner Existenz bedrohende Anschuldigungen, dem Vernehmen nach sogar anonymer Dritter ungeprüft in die Medien tragen, entsetzt und tief betroffen hat. Es wäre für Sie ein Leichtes gewesen, Herr Vorsitzender, vor der Verbreitung derartiger Anschuldigungen, zumindest Prüfvorgänge vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, oder zumindest aber jene sechs Tage abzuwarten, bis ich heute hier dazu Stellung beziehen kann. Auch bin ich erstaunt, entgegen Ihrer Ankündigung, sehr geehrte Herr Vorsitzender, dieses vermeintlich brisante Thema, nicht auf der Einladung zu finden.

Ich darf Sie nun bitten, mit der Befragung zu beginnen. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, bitte mit den Fragen zu beginnen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Ministerialrat Wall! Haben Sie eine Nebentätigkeit?

MinR. Mag. Edwin Wall: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hatten Sie jemals eine Nebentätigkeit, eine gemeldete?

MinR. Mag. Edwin Wall: Nie.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezuglich der Korruption ist im Innenministerium eine eigene Abteilung, nämlich zuständig. Wer macht ähnliche Arbeit im Verteidigungsressort?

MinR. Mag. Edwin Wall: Soviel ich informiert bin, gibt es Verteidigungsressort ein Abwehramt und ein Heeresnachrichtenamt. Das eine ist für das Ausland, das andere für das Inland zuständig. Wenn man ins Ausland fährt, muss man beim Nachrichtenamt die Sicherheitserklärungen alle machen, NATO und so weiter. Und wenn man im Inland etwas macht, dann ist dies das Abwehramt. So ist das bei uns geregelt. Mit der im Innenministerium habe ich noch nie etwas zu tun gehabt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Prüfbescheinigung, die Sie Herrn Vorsitzenden gegeben haben. Welches Datum trägt das? Wann war die letzte Prüfung?

MinR. Mag. Edwin Wall: Das Datum trägt Oktober 2002.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Grundsätzlich prüft das Verteidigungsressort alle fünf Jahre in einem Rhythmus?

MinR. Mag. Edwin Wall: Das ist richtig, daher werde ich heuer im Oktober wieder überprüft werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist bezüglich des Beschaffungsvorganges nicht die Frage aufgetaucht, ob man nicht die Personen, welche in der Bewertungskommission alle sitzen, dass man die einer Zwischenprüfung unterzieht?

MinR. Mag. Edwin Wall: Davon ist mir nichts bekannt, aber ich bin nicht in der Bewertungskommission gesessen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezuglich der Vertragsverhandlungen und der Vertragsführungen, hat man diese Personen

außertourlich geprüft oder nur im Rahmen des Heeresrhythmus, dieses Fünfjahres-Rhythmus?

Mag. Edwin Wall: Darüber weiß ich nicht Bescheid. Aber ich selbst habe als Verhandlungsleiter das Abwehramt beigezogen in der oberen Ebene. Wenn Sie sich die Gliederung des Verhandlungsteams anschauen, so ist ein Vertreter des Abwehramtes von Anfang an dabei gewesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Abwehramt war eingebunden und wusste genau, welche Personen hier verhandeln.

Mag. Edwin Wall: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Abwehramt hätte, sollte es irgendetwas Auffälliges bemerkt haben, von selber amtsweigig tätig werden können.

Mag. Edwin Wall: Ich kann nicht sagen, was das Abwehramt macht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist irgendeine Debatte bezüglich irgendeiner Person oder irgendeines Vorkommnisses im Hinblick auf Zuverlässigkeit entstanden?

Mag. Edwin Wall: Darüber ist im ganzen Vorgang nichts bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Ihnen Gerüchte und jetzt sage ich einmal, ich würde es einmal vorweg bezeichnen als Gerüchte oder Vernaderungen von Personen im Heer bekannt so nach dem Motto „weiß ein jeder, aber keiner sagt es laut“?.

Mag. Edwin Wall: Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete! Dazu kann ich nichts sagen, weil über Gerüchte darf ich mich hier nicht äußern und den Gehalt von Gerüchten kann ich nicht beurteilen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Geht das Abwehramt, wenn solche Gerüchte auftauchen, eigentlich dem nach auf Grund Ihrer Erfahrung?

Mag. Edwin Wall: Ich habe mit dem Abwehramt keine Erfahrung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe keine weitere Frage mehr in der öffentlichen Sitzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Kollege Kräuter. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Ministerialrat Wall! Sie waren am 12. März nach meinen Aufzeichnungen das letzte Mal im Untersuchungsausschuss und jetzt ist Mitte Juni. Für mich ist es logisch und zwingend, dass Sie als hauptverantwortlicher Verhandler und Vertragsunterzeichner noch einmal ein paar Auskünfte geben. Und ich kann Ihnen versichern, wir werden sehr verfahrensökonomisch vorgehen. Es geht um ergänzende Fragen und ich werde mich wirklich, ich kann ausschließen, dass ich etwas wiederholen werde.

Mag. Edwin Wall: Danke das habe ich auch damit gemeint.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, das ist selbstverständlich. Es hat eine Nachnominierung gegeben für den Beginn der Verhandlungen. Das war zu dem Zeitpunkt, wie Sie bei uns waren noch nicht in dieser Form Verhandlungsgegenstand. Wie Ihnen da mitgeteilt worden ist dann von Falthauser, dass Steininger, Plattner und Aldag nachnominiert wird, wie hat sich das dann eigentlich abgespielt. Sie waren ja der Verhandlungsleiter. Haben Sie das telefonisch dann weitervermittelt oder wie hat sich das abgespielt?

Mag. Edwin Wall: Nein, das wurde schriftlich bekanntgegeben, dass diese zwei Herren bei der ersten Sitzung anwesend sind. Das ist ganz normal, dass Firmen ihre Vertreter bekanntgeben. Die waren anwesend und sind dann nachher gegangen und nie wieder erschienen zu anderen Sitzungen. Das war die erste Sitzung. Das war ein Kennenlernen der Teams. Hier hat es noch keine Verhandlungen gegeben. Hier wurde mein Team vorgestellt und hier wurde das Team des Dr. Faltlhauser vorgestellt und da waren die beiden Herren anwesend.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Jetzt hat Ihnen die Wirtschaftskammer schon im Jahr 2001 mitgeteilt, dass der Herr Steininger offizieller Repräsentant für Österreich ist. Sie kennen ja das Schreiben. Ich kann es Ihnen aber auch gerne vorlegen.

Mag. Edwin Wall: Nein, ich kenne das.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie es nachlesen wollen. Wie sind Sie eigentlich dann mit dieser Information verfahren? Sie haben das mitgeteilt bekommen und was war da für Sie die Konsequenz?

Mag. Edwin Wall: Solche Informationen kommen dauernd zu uns, wenn irgendjemand etwas schickt was einen Vertreter betrifft, „to who with my concern?“ oder wie es heißt oder direkt von der Wirtschaftskammer, die werden bei uns abgelegt und wenn es Sache ist, dass diese Herren herangezogen werden, dann greift man darauf zurück. Also Beispiel, wenn er etwas abholen darf oder wenn er Unterlagen bringt, das sind Firmenvertreter und das ist ihre Arbeit.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie dann eigentlich dann beim Herrn Faltlhauser angeregt, dass man Steiniger bezieht? Das wäre ja konsequent und logisch. Wenn Ihnen mitgeteilt wird, er ist offizieller Repräsentant und dann finden Sie den Herrn Steininger nicht auf der Einladungsliste für die ersten Verhandlungen, dass man den offiziellen Repräsentant für EADS Eurofighter dann dabei haben, ist ja klar. Haben Sie den Herrn Faltlhauser das mitgeteilt und er hat das dann zusammengefasst mit Plattner und Aldag?

Mag. Edwin Wall: Was Sie hier sagen ist unlogisch, denn ich bin nicht für Firmenvertreter zuständig ob Sie ihn mitnehmen oder nicht. Ich werde keinen Firmenvertreter einladen. Eingeladen wird der Verhandlungsführer und der bringt seine Leute mit. Und das Bundesministerium lädt keinen Vertreter ein zu einer Sitzung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, meine Fragestellung ist für mich deswegen nicht unlogisch, weil Ihnen ist am 29. 07. 2002 von Faltlhauser eine ganze Reihe von Verhandlern ja ursprünglich mitgeteilt worden und Sie haben ja wissend, dass eben der Herr Steininger der offizielle Repräsentant ist, ja dann gesehen, der ist nicht drauf und dann wird das nachnominiert. Das ist ja ein logischer Zusammenhang?

Mag. Edwin Wall: Nein. Das sage ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt, wenn man sich die Anwesenheitsliste anschaut, Sie sind der Besprechungsleiter. Sie kennen ja bestimmt auch diese Anwesenheitsliste. Und da finden sich eben jetzt

Mag. Edwin Wall: Ja, das ist ein Formblatt, das ich entworfen habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich kann es Ihnen gerne vorlegen. So und jetzt finden sich da eben Plattner und Steininger unter den Anwesenden und ich wollte Sie fragen, wie hat sich das jetzt abgespielt? Sie waren der Besprechungsleiter und dann haben alle rundherum Platz genommen und dann ist ja das von Ihnen entworfene Formblatt, die Teilnehmerliste rundherum gegangen offensichtlich.

Mag. Edwin Wall: Wenn alle Herrschaften Platz genommen haben, dann wird von mir diese Teilnehmerliste nach links oder nach rechts ausgegeben und alle schreiben sich ein. Dann wird abgezählt ob das stimmt und dann wird diese Liste zum Protokoll gelegt. So spielt sich das ab.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was war dann? Also unmittelbar offensichtlich, da gibt es die verschiedensten Aussagen im Ausschuss, jetzt ist diese Liste herumgegangen, dann hat man auf einmal gesagt, so jetzt haben alle unterschrieben, alle sind anwesend, und Herr Steininger und Herr Plattner jetzt auf Wiedersehen, euch brauchen wir nicht mehr. Ihr könnt jetzt gehen, euch brauchen wir nicht mehr, war eine Aussage im Ausschuss. Wie muss man sich das vorstellen?

Mag. Edwin Wall: Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja das heißt, Plattner und Steininger haben ja dann teilgenommen an dieser ersten Verhandlungsrunde?

Mag. Edwin Wall: Das ist richtig. Die haben teilgenommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, haben sie sich zu Wort gemeldet?

Mag. Edwin Wall: Soviel ich mich erinnern kann, nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie lange waren Sie anwesend? Bis zum Schluss oder sind die früher gegangen?

Mag. Edwin Wall: An das kann ich mich bei Gott nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist irgendjemand früher weggegangen von dieser Verhandlungsrunde?

Mag. Edwin Wall: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen nach so langen Jahren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber also die beiden sind nicht unmittelbar nach dem Unterschreiben der Anwesenheitsliste hinauskomplimentiert worden?

Mag. Edwin Wall: Das ist mir nicht aufgefallen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja danke, das ist mir da schon sehr wichtig. Eine letzte Frage habe ich nur noch. Sie sind in der Arge Offset für Gegengeschäfte?

Mag. Edwin Wall: Ich bin sowohl in der Plattform im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten als auch in der Arge Offset. Der Unterschied bei diesen beiden ist es, im Wirtschaftsministerium bin ich der Vertreter des BMLV. Im Arge Offset bin ich nur Vertreter mit meinem Generalmajor und nicht alleine.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie gewusst, dass der Herr Steininger auch in die Verhandlungen zum Gegengeschäftsvertrag unmittelbar eingebunden war?

Mag. Edwin Wall: Das habe ich nicht gewusst. Ich weiß auch bis heute nicht den Gegengeschäftsvertrag. Den kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich sage es Ihnen nur. Auch dort war der Herr Steininger eingebunden. Da schon eine abschließende Frage. Wenn Sie in der Arge Offset sind, werden Sie ja mit EBD in Berührung gekommen sein?

Mag. Edwin Wall: Mit wem?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Mit der Firma EBD.

Mag. Edwin Wall: Natürlich. In der Arge Offset ist zuerst die Ausschusssitzung und ein Teil davon, wenn diese zu Ende ist, kommen die Vertreter von dieser Firma und die nehmen immer einen von MTU mit. Das sind drei. Dort kommen immerhin der Bergner, die Frau Keglevic und von MTU einer. Nach jeder Sitzung und die berichten wie es mit der Firma mit Gegengeschäften läuft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben zu Protokoll gegeben, das war am 01. März, dass der Herr Plattner bei Verhandlungen nie dabei war. Ich mache darauf aufmerksam, das stimmt nicht. Weil wir haben gerade vorher erarbeitet, dass er eben dabei war bei dieser Verhandlung, die Sie geleitet haben. Der Herr Plattner, er war als Vertreter der Eurofighter zugegen, aber

Mag. Edwin Wall: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): in Verhandlungen war er nie dabei. Das ist Aussage von Herrn Mag. Wall.

Mag. Edwin Wall: Diese Aussage habe ich heute wiederholt. Bitte, wenn Sie sich erinnern, vorher habe ich gesagt, es wurde dort nichts verhandelt. Das war die Vorstellungsrunde der Teams. Und ich habe am Schluss diesen jetzigen Antrag, können Sie widerspiegeln lassen, dass keine Verhandlungen stattgefunden haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also entschuldigen Sie schon. Wenn ich Ihnen jetzt gerade vorgehalten habe, die Einladung zu Verhandlungen, die Nachnominierung von Steininger, Plattner zu Vertragsverhandlungen, dann eine Teilnahmeliste von Vertragsverhandlungen da ist. Ich finde es ehrlich gesagt problematisch, wenn man sagt, es waren keine Verhandlungen. Aber zu meiner Frage.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat zwei Sitzungen gegeben an diesem Tage. Herr Kräuter! Machen Sie nicht immer irgendwie einen falschen Vorhalt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum brüllen Sie schon wieder nervös hinein? Ich verstehe das überhaupt nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, das sind nur die Tatsachen, die Fakten, die Sie so gerne unter den Tisch fallen lassen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe keine Ahnung, warum Sie so nervös sind, heute Frau Fekter?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte auf die Tonbandprotokollierung Rücksicht nehmen! Kollege Kräuter. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine letzte Frage dazu, nachdem Sie mit der EBD ja zu tun gehabt haben, ist ja klar, haben ja alle Beteiligten, die mit Gegengeschäften

Mag. Edwin Wall: Ich habe mit der Firma nichts zu tun. Ich sitze dort und höre mir den Vortrag für die Wirtschaftskammer an als Vertreter vom Vertreter des Verteidigungsministeriums. Ich habe mit der Firma nichts zu tun. Ich habe auch mit Gegengeschäften nichts zu tun. Sie wissen das, dass es eine erlaßmäßige Trennung gibt, dass wir, der Einkauf, nicht zu tun haben mit Gegengeschäften.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie gewusst, dass Herr Plattner da als Treugeber im Hintergrund existiert?

Mag. Edwin Wall: Nein, das habe ich nicht gewusst.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. – Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke, Herr Vorsitzender, aber keine Fragen in öffentlicher Sitzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist gut so. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister Wall, seit wann wissen Sie, dass Herr Steininger der Trauzeuge der Frau Wolf ist?

Mag. Edwin Wall: Herr Abgeordneter Stadler, seit das hier erörtert worden ist und in den Medien. Vorher habe ich das nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seit wann wissen Sie vom engen freundschaftlichen Kontakt zwischen Brigadier Knoll und Herrn Steininger?

Mag. Edwin Wall: Das habe ich in einem Protokoll hier gelesen, dass er sich mit ihm privat getroffen haben soll. Das habe ich vorher nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum haben Sie alle die Schriftstücke, die EADS und Eurofighter an Sie geleitet hat, mit diesen ganzen Auflistungen – ich habe jetzt nur einmal vier herausgenommen – nie an das Abwehramt weitergeleitet?

Mag. Edwin Wall: Ich wurde heute schon einmal gefragt. Es hat sich in der ganzen Vertragsverhandlungsphase für mich nie ein Grund ergeben, warum ich das Abwehramt einschalten sollte. Und außer dem ist es ja in den Verhandlungen, wenn Sie dieses anschauen, dabei gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Chef des Abwehramtes, Hofrat Deutsch, hat hier gesagt, er ist nie von irgendeiner Dienststelle konfrontiert worden, wer mit diesen Verhandlungen zu tun hatte. Wobei: Wir sind noch gar nicht in der Verhandlungsphase, wir sind hier immer noch in der Angebotseinholungsphase. Selbst in der Angebotseinholungsphase, wo vertraulichste technische Daten in den Ausschreibungsunterlagen waren, hat man das Abwehramt nie damit befasst. Jetzt ist das eine Frage, ob das Bringschuld oder Holschuld ist. Aber bei Ihnen wäre es auf jeden Fall eine Bringschuld gewesen, weil Sie jeweils – ich möchte Ihnen nur die vier Schriftstücke hier zitieren – 18. Dezember 2001, nächstes Schreiben von Eurofighter an Sie vom 27. März 2002, nächstes Schreiben mit einer ganzen Liste von Leuten, die bei den Vertragsverhandlungen dabei sein werden, 25. Juli 2002 beziehungsweise dann händisch ergänzt 29. Juli 2002, und ein weiteres Schreiben des Herrn Aldag an Sie vom 12. November 2002. Sie haben das nicht ein einziges Mal an das Abwehramt weitergeleitet?

Mag. Edwin Wall: In meiner Wahrnehmung war nie ein Grund, solche Schreiben an das Abwehramt weiterzuleiten. Auch in den bisherigen, wenn ich das so sagen darf, Vergaben ist meines Wissens noch nie etwas an das Abwehramt geschickt worden, was eine Angebotseinholung oder sonst etwas betraf.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann ist für Sie der Grund vorhanden, das Abwehramt darüber zu informieren, wer Zugang zu vertraulichen militärischen Daten bekommt?

Mag. Edwin Wall: Das kann ich jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie das schon einmal gemacht? (Mag. Wall: Nein!) Sie haben noch nie – darf ich das festhalten, dass man sieht, wie der Apparat funktioniert – über Personen, die mit Ihnen in Verhandlungs- oder auch nur Gesprächskontakt standen im Zusammenhang mit militärischem Beschaffungswesen, vertrauliches militärisches technisches Material Kennenlernen, haben Sie noch nie an das Abwehramt weitergeleitet?

Mag. Edwin Wall: Wenn alle die Personen, die bei mir solche vertrauliche Mitteilungen oder wie Sie sagen, Material kennenlernen, sind überprüfte Personen, die sind mir lange amtsbekannt und ich habe gesagt, es besteht keine Wahrnehmung, diese extra dem Abwehramt zu geben, wenn ich persönlich weiß, dass sie mit solchen klassifizierten geheimen und streng geheimen Unterlagen umgehen dürfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Konnten Sie davon ausgehen, dass Herr Faltlhauser vom Abwehramt schon untersucht wurde?

Mag. Edwin Wall: Da müssen Sie das Abwehramt fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie habe ich jetzt gefragt! Sie haben jetzt gerade gesagt, weil Sie davon ausgehen können, dass die alle schon untersucht wurden. Daher frage ich Sie jetzt.

Mag. Edwin Wall: Wenn Herr Faltlhauser Leiter der Verhandlungen ist für ein Projekt, in dem NATO-klassifizierte Unterlagen sind, dann können Sie davon ausgehen, dass er sogar NATO-überprüft ist. Ich habe auch für diese Beschaffung die große NATO-Sicherheitserklärung gebraucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir reden gar nicht von der NATO-Sicherheitserklärung.

Mag. Edwin Wall: Die braucht man aber, wenn man mit dem Eurofighter

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir reden von der Tätigkeit des Abwehramtes, wir reden davon, dass Sie nach Ihren eigenen Aussagen keine einzige Meldung dorthin gerichtet haben, weil Sie gesagt haben, Sie könnten davon ausgehen, dass die alle schon vom Abwehramt überprüft sind. Daher frage ich Sie noch einmal: Konnten Sie davon ausgehen, dass Herr Reinholt Faltlhauser vom Abwehramt überprüft wurde. Wenn ja, warum? Woraus haben sie das geschlossen?

Mag. Edwin Wall: Ich habe Ihnen gerade erklärt, was ich wahrgenommen habe: Dass Herr Faltlhauser überprüft sein muss. Und wenn er mit einem NATO-Projekt von vier Nationen, wo NATO-restricted und NATO-secret-Sachen sind, dann muss er von der NATO überprüft sein. Auch ich wurde von der NATO überprüft, da in meinem Tresor NATO-secret-Sachen liegen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden keine leichte Befragung haben, wenn ich vom Abwehramt rede – und ich sage es jetzt noch einmal: Abwehramt und nicht NATO!....

Mag. Edwin Wall: Ich bin nicht das Abwehramt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher frage ich Sie: Wieso konnten Sie davon ausgehen, dass das Abwehramt Herrn Faltlhauser schon überprüft hat? Wir sind ein neutraler Staat. Ich weiß nicht, ob Ihnen das im Verteidigungsministerium noch geläufig ist.

Mag. Edwin Wall: Ich habe diese Frage bereits beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das haben Sie nicht. Woraus haben Sie geschlossen, dass das Abwehramt Herrn Faltlhauser schon überprüft habe?

Mag. Edwin Wall: Die Frage habe ich schon beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das haben Sie nicht. Aber indem Sie sich jetzt weigern, diese Frage zu beantworten

Mag. Edwin Wall: Sie können – wie das letzte Mal – die Frage 27-mal stellen. Ich gebe Ihnen die gleiche Antwort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das weiß ich, daher war ja auch Ihre Eingangserklärung falsch. Sie haben jede Frage, die Sie in Bedrängnis bringt, (Abg. Murauer: ???) Herr Murauer, ich übertöne Sie locker! – Jede Frage, die Sie bisher in Bedrängnis bringt, haben Sie sich geweigert, zu beantworten. Das war schon bisher der Fall.

Mag. Edwin Wall: Ich darf Ihnen noch einmal sagen: Ich bin nicht dazu da, Vertragspartner zu überprüfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich auch nicht gesagt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Wall, ich unterbreche jetzt kurz. Es geht ja offensichtlich um die Klärung der Frage, ob Sie beim zuständigen Abwehramt, das für die Verlässlichkeitsprüfungen und für die Verlässlichkeitserklärungen zuständig ist, nachgefragt haben, ob eine derartige Überprüfung der Verlässlichkeit stattgefunden hat. Das ist ja nur die Frage nach einem Faktum.

Mag. Edwin Wall: Gut. Dann darf ich diese Frage so beantworten: Nachdem ich als Verhandlungsleiter einen hohen Offizier des Abwehramtes in das Team berufen habe und dort sitzt, dann müssen Sie den fragen, warum er nicht nachgefragt hat, ob Herr Faltlhauser überprüft wurde. Wenn ich einen Vertreter des Abwehramtes in mein Team setze, muss ich doch nicht nachfragen, und sagen, Herr vom Abwehramt, haben Sie den überprüft? Bitte, wo sind Sie (??) denn?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist dieser Vertreter des Abwehramtes?

Mag. Edwin Wall: Schauen Sie, bitte, im Protokoll nach ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigen Sie bitte, jetzt frage ich Sie: Wer ist der Vertreter des Abwehramtes? Und Sie brauchen mir nicht zu sagen, wo ich nachzuschauen habe!

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, das können wir in einem wesentlich ruhigeren Ton machen. Ist es richtig

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bitte, die Auskunftsperson darauf hinzuweisen, dass Sie ... unter Wahrheitspflicht....

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das richtig, dass das Herr Iby war?

Mag. Edwin Wall: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt: Herr Iby war von Ihnen ins Verhandlungsteam berufen worden, um alle ...

Mag. Edwin Wall: Nein, der wurde vom Abwehramt in das nicht von mir berufen. Ich habe das Abwehramt angefragt, ich brauche einen Vertreter, und dann wurde vom Abwehramt berufen. Ich berufe niemanden ein! Mir untersteht bitte Ich habe Ihnen schon einmal die Verfahren im Bundesministerium für Landesverteidigung erklärt. Sie haben sie damals nicht zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seit wann ist Herr Iby bei Ihnen im Team gewesen?

Mag. Edwin Wall: Von Beginn an.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von Beginn jetzt was? Von Beginn der Vertragsverhandlungen oder von Beginn der Ausschreibung?

Mag. Edwin Wall: Ins Verhandlungsteam wurde er berufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, erst mit Beginn der Vertragsverhandlungen ist Herr Iby dabei gewesen?

Mag. Edwin Wall: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So. Das heißt, im Jahre 2001 und 2002 bis zur Typenentscheidung war Herr Iby noch nicht damit befasst?

Mag. Edwin Wall: Das war auch nicht meine Verantwortlichkeit, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat Herr Hofrat Deutsch aber hier erheblich anders gesehen – und ich sehe es auch erheblich anders. Das heißt, bevor die Vertragsverhandlungen begonnen haben. Und alle diese Schriftstücke, die ich Ihnen vorgehalten habe, beziehen sich auf den Zeitraum vor Beginn der Vertragsverhandlungen, haben Sie also keinerlei Mitteilung an das Abwehramt gemacht, wer Zugang zu vertraulichen Informationsmaterial des Heeres bekommt. Ist das richtig?, wir wollen es nur bei Protokoll haben.

Mag. Edwin Wall: Ja, das habe ich Ihnen schon gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Das heißt, wir halten fest: Das Abwehramt hat in dem Punkt recht, Wall hat keine Mitteilung gemacht bis zum Beginn der Vertragsverhandlungen, bis Herr Iby selber drinnen saß. Bis dorthin hat von Herrn Wall jeder alles bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Wall, Sie haben die Möglichkeit auch, auf eine Feststellung eine Antwort zu geben.

Mag. Edwin Wall: Ich kann hier nur sagen, es ist nicht üblich, dass solche Sachen an das Abwehramt gegeben werden. Was glauben Sie, wenn jeder Schriftverkehr von Angebotseinholungen dem Abwehramt gegeben wird?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf jetzt selbst einige Fragen ergänzen, nur damit es bei Protokoll ist. Das Schreiben, auf das wir später Bezug nehmen werden, ist nach Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt von uns am 7. Mai 2007 an die Staatsanwaltschaft Wien zu Handen Dr. Karl Schober übersendet worden. Das Schreiben bringe ich kurz zur Verlesung:

Sehr geehrter Herr Dr. Schober! Nach Rücksprache mit dem Verfahrensanwalt des Untersuchungsausschusses, Herrn Generalprokurator Dr. Gottfried Strasser, übermittelte ich Ihnen beiliegend ein anonymes Schreiben zu Ihrer Beurteilung. Ich ersuche Sie, den Untersuchungsausschuss im Wege der Parlamentsdirektion über das Ergebnis Ihrer Beurteilung zu informieren.

Das ist das Schreiben. Wir haben bis jetzt von der Staatsanwaltschaft Wien keine derartige Information erhalten. Es hat sich allerdings bei der Befragung von Herrn Hofrat Deutsch herausgestellt, dass die erste Hälfte dieses Schreibens, nämlich die Beziehungen Deutsch-Steininger ganz offensichtlich bis ins Detail der Wahrheit entsprechen. Zum zweiten Teil dieser Hinweise und möglicher anderer Hinweise werden wir in nicht öffentlicher Sitzung die Gelegenheit haben, Sie zu befragen. Ich stelle nur fest, dass es durchaus Aufgabe des Ausschusses ist, wie sich bei Herrn Deutsch gezeigt hat, diese Fragen zu stellen.

Das zweite ist, ich setze jetzt dort fort, wo der Kollege Stadler aufgehört hat. Sagen Sie, ist bei Ihrer Person eine erweiterte Verlässlichkeitsprüfung beziehungsweise die Abgabe einer erweiterten Verlässlichkeitserklärung verlangt worden nach den § 24 Militärbefugnisgesetz.

Mag. Edwin Wall: Ja, alle fünf Jahre. Die habe ich Ihnen übergeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht nur drum, weil ein wichtiger Unterschied besteht zwischen einer Normalen und einer Erweiterten. Um das geht es.

Mag. Edwin Wall: Ja, den kenne ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie, warum hat niemand aus dem Verhandlungsteam das Abwehramt gefragt, ob Faltlhauser, Steininger oder auch Andere in Bezug auf ihre Verlässlichkeit nach den §§ 23 und 24 des Militärbefugnisgesetzes überprüft worden sind? War das, weil Sie das für selbstverständlich gehalten haben?

Mag. Edwin Wall: Ich habe das für selbstverständlich gehalten und meine Wahrnehmung aus dem anderem haben dem nicht widersprochen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt im Zusammenhang mit großen Beschaffungsvorgängen: Ist es da üblich, dass die Beziehungen der exponiertesten und mit wichtigen Vorentscheidungen betrauten Beamten zu Lobbyisten, zu Firmen eigens vom Abwehramt überprüft werden?

Mag. Edwin Wall: Darüber kann ich nichts sagen, darüber ist mir nichts bekannt. Ich habe zwar alle diese großen Beschaffungsvorgänge gemacht, und ich bin selbst immer überprüft worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Sie vom Abwehramt einmal konkret genau befragt worden in Bezug auf EADS, Eurofighter? Natürlich ist es früher auch um SAAB und andere Firmen gegangen, über mögliche Beziehungen zu Lobbyisten und Firmenvertretern.

Mag. Edwin Wall: Nein, bin ich nie darüber befragt worden, und ich war sogar der erste Verhandlungsleiter, der das Abwehramt aktiv in die Vertragsverhandlungen einbezogen hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist jemals bei Ihnen oder anderen leitenden Beamten und entscheidungsbefugten Beamten wie etwa Generalmajor Wolf, Brigadier Knoll und anderen, ist da jemals in dem Zusammenhang eine Überprüfung der Vermögensverhältnisse durchgeführt worden?

Mag. Edwin Wall: Das weiß ich nicht, ob andere Personen im Verteidigungsministerium überprüft werden. Ich werde immer überprüft.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist bei Ihnen eine detaillierte Überprüfung der Entwicklung Ihrer Vermögensverhältnisse durch das Abwehramt oder durch andere Dienststellen vorgenommen worden?

Mag. Edwin Wall: Davon können Sie ausgehen, wenn alle fünf Jahre diese große Verlässlichkeitsprüfung gemacht wird. Es werden sogar Nachbarn befragt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nur die Prüfbescheinigung. Und diese Prüfbescheinigung, in der steht, damit das dem Ausschuss jetzt auch protokollmäßig bekannt ist, nicht mehr als: Abwehramtprüfbescheinigung, dann stehen Ihr Name und Ihr Geburtsdatum, wurde gemäß §§ 23 und 24 Militärbefugnisgesetzes und nach Verordnung über die weitere Verlässlichkeitserklärung geprüft. Bei dieser Prüfung wurden keine Anhaltspunkte dafür festgestellt, dass von ihm eine Gefahr für die militärische Sicherheit ausgeht. Diese Bescheinigung gilt fünf Jahre ab dem Ausstellungsdatum.

Jetzt das, was den Ausschuss die ganze Zeit beschäftigt, ist nicht nur die Frage nach der militärischen Sicherheit, sondern die Frage nach einer möglichen Beeinflussung des Beschaffungsvorgangs. Und der Punkt, den wir versucht haben, mit Herrn Hofrat Deutsch auszuarbeiten, ist, wie wird im BMLV eigentlich überprüft, ob es hier zu möglichen Beeinflussungen, auf welche Art auch immer, kommt. Und deswegen ist die

Frage nach einer Veränderung der Vermögensverhältnisse eine ganz entscheidende Frage.

Jetzt möchte ich nicht von Ihnen, weil das werden wir dann in der nicht öffentlichen Sitzung machen, darüber reden, wie das im Detail ausschaut. Aber können Sie dem Ausschuss erklären, weil das kann man, glaube ich, öffentlich behandeln, wie detailliert das Abwehramt – und Sie können ja nur über persönliche Wahrnehmungen berichten, Ihre persönlichen Vermögensverhältnisse überprüft hat.

Mag. Edwin Wall: Dazu kann ich nur sagen, dass hier seitenweise Formularblätter auszufüllen sind und das Abwehramt wertet die aus. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich kenne die Arbeitsweisen des Abwehramtes nicht, und Sie wissen selbst, dass Geheimdienste geheim sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nachrichtendienste. Das frage ich Sie auch gar nicht. Sondern ich frage Sie nur, sind Sie dann weiter dazu befragt worden? Sind Sie aufgefordert worden, Dokumente und Unterlagen, Grundbuchauszüge, Kontoauszüge, sonstiges ...

Mag. Edwin Wall: Soviel ich weiß, soviel ich mich erinnere nicht. Denn es bestand ja kein Grund, so etwas zu verlangen. Und das werden Sie dann in der nicht öffentlichen Sitzung gleich erfahren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Punkt ist der. Es gibt zwei Möglichkeiten, dass das Abwehramt auf Verdacht hin vorgeht, oder dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass man bei – sagen wir es einmal – in dieser Hinsicht exponierten Personen ...

Mag. Edwin Wall: Ich kann Ihnen da nur zustimmen. Für mich ist es auch so eine Selbstverständlichkeit. Und ich nehme an, dass ich immer überprüft werde und eine der bestüberprüften Personen bin nicht nur vom Abwehramt, sondern auch vom Rechnungshof und allgemein. Das kann ich Ihnen schon versichern, dass ich mir dessen bewusst bin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir geht es um etwas Anderes. Mir geht es um den Punkt, dass es einen großen Unterschied macht, ob auf Verdacht hin überprüft wird oder ob es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die mögliche Veränderung von Vermögensverhältnissen bei großen Beschaffungsvorgängen oder im Zusammenhang überprüft wird.

Kommen wir auf die konkrete Sache Faltlhauser. Ist es richtig, dass das Bundesministerium für Finanzen für die Vertragsverhandlungen über den so genannten Code of Business Contact zuständig war?

Mag. Edwin Wall: Das ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ja bekanntlich eine Initiative des damaligen Sektionschef Steger gewesen, die dann weitergeführt worden ist und die zum bekannten Ergebnis geführt hat. Jetzt hat sich der Verhandlungsleiter der Eurofighter GmbH, der Herr Faltlhauser, soweit wir das aktenmäßig und auch befragungsmäßig nachvollziehen können, nicht an den Dr. Traumüller gewendet oder schon gar nicht an den Sektionschef Steger oder den Ministerialrat Hillingrathner, um hier den Passus Gegengeschäft, diese jetzt schon bekannte Ziffer 4 hinzuzufügen, sondern an Sie. Haben Sie sich gefragt, warum sich der Herr Faltlhauser da an den ressortmäßig nicht zuständigen Beamten zu einer Verbesserung dieser Ziffer aus Sicht der Eurofighter GmbH wendet?

Mag. Edwin Wall: Nein, das habe ich mich nicht gefragt, aber zu diesem Thema, glaube ich, bin ich schon so intensiv in dem Ausschuss vorher befragt worden, dass ich jetzt aufpassen muss, ob ich mich überhaupt noch daran erinnern kann. Aber ich habe

damals wirklich alles gesagt, was zu diesem Punkt zu sagen war. Mehr ist dem nicht hinzuzufügen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle nur an dem Punkt fest, ...

Mag. Edwin Wall: Wenn jemand etwas an jemanden heranträgt, wofür der nicht zuständig ist, dann ist es bei positivem Verwaltungshandeln üblich, dass dieser an den, der zuständig ist, herantritt. Und ich habe das sofort an den Dr. Hillingrathner weiter gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist dem Ausschuss alles bekannt. Was wir uns momentan anschauen, ist die Verlässlichkeit genau dieser Personen, und die Überprüfung der Verlässlichkeit genau dieser Personen. Und so weit wir das mit dem Hofrat Deutsch besprochen haben, ist weder die Verlässlichkeit von Steininger noch die Verlässlichkeit von Plattner noch die Verlässlichkeit von anderen Lobbyisten und Firmenvertretern überprüft worden. Sie selbst haben heute dem Ausschuss bekannt gegeben, dass Sie nicht nachgefragt haben, ob diese Überprüfung stattgefunden hat, sondern - das ist eine Geschichte von Ihnen, Herr Kollege Stadler – angenommen haben, möglicherweise zu Recht, dass diese Überprüfung ohnehin hätte durchgeführt werden müssen.

Mag. Edwin Wall: Bitte, Herr Vorsitzender zu bedenken, ich bin der Leiter der kaufmännischen Abteilung und ich habe mit Abwehrsachen nichts zu tun. Und wenn eine Person das Ministerium betritt, dann muss er sich ein paar Tage vorher anmelden. Ich weiß nicht was da alles geschieht, dann darf er nur mit Begleitung zu mir herauf kommen. Ich leite die kaufmännische Abteilung und nicht das Abwehramt. Ich kann mich doch nicht um die Sicherheitsüberprüfung kümmern, und wenn ich, wie der Abgeordnete Stadler gesagt hat, jedes Schreiben an das Abwehramt sehen müsste, da könnte man gleich eine Rohrpostleitung legen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle nur fest, das ist nicht alles Ihre Verantwortung, aber da gibt es eine Verantwortung, die sich fein verteilt über verschiedene Abteilungen, Ämter und so weiter. Verlässlichkeitsüberprüfungen sind nicht durchgeführt worden, Verlässlichkeitsüberprüfungen sind nicht nachgefragt worden. Das Thema Verlässlichkeit, Überprüfung der Beziehung zu Lobbyisten, genaue Überprüfung von möglichen Vermögensveränderungen und so weiter, und zwar nicht nur aus einem konkreten Verdachtsfall, weil ein konkreter Verdachtsfall ist dann längst keine Angelegenheit des Abwehramtes mehr, sondern längst eine Angelegenheit der zuständigen Staatsanwaltschaft. Genau das hat das Abwehramt nämlich nicht zu überprüfen. Die bereits konkreten Hinweise auf etwa eine Verletzung des 304 StGB. Das war ganz offensichtlich ein System, in dem unüberprüfte Lobbyisten, unüberprüfte Firmenvertreter, und zwar unüberprüft in Bezug auf ihren Kontakt und ihre engen Bindungen und Verbindungen zu maßgeblichen Entscheidungsträgern des Bewertungsverfahrens und der Vertragsverhandlungen, das ist ein System, das dem Ausschuss und der Öffentlichkeit in dieser Art vorher nicht bekannt war.

Letztes dazu:

Mag. Edwin Wall: Darf ich nur kurz eine Anmerkung machen, weil Sie das Wort Lobbyist schon öfter gebraucht haben. Die kaufmännische Abteilung kommt nicht mit Lobbyisten in Kontakt. Für mich sind das Personen, die einen Vertretungsvertrag haben, das sind Repräsentanten oder Vertreter. Aber die Einkaufsabteilung hat keinen Kontakt zu Lobbyisten. Wenn man sich Lobbyismus anschaut überall, so ist die Einkaufsabteilung am Schluss der Kette, und hier lobbyiert niemand mehr. Wir haben weder für die Planung, die kaufmännische Abteilung hat auch mit der Entscheidung wer Bestbieter wird nichts zu tun. Ich vollziehe den Bestbieter, daher kommen zu mir Firmenvertreter, die einen Vertrag vorweisen, dass sie von der Firma berechtigt sind

das und das zu tun. Und ich kann Ihnen sagen, in der Mehrzahl dieser Vertreter dürfen sie nicht einmal verbindliche Aussagen machen. Nur zur Anmerkung von mir zu Lobbyisten. Ich habe keinen Kontakt zu Lobbyisten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin gerne bereit, zu Protokoll zu geben, dass bei den Fragen, die ich bis jetzt an Sie gerichtet habe das Wort Lobbyist durch Repräsentant zu ersetzen ist. Das dazu.

Gibt es noch weitere Fragen? Ich weise darauf hin, ich habe es in der Geschäftsordnungssitzung schon gesagt, ich möchte keine Fragen begrenzen, dass wir um eine große Lücke zu vermeiden, Herrn Dr. Koren möglicher Weise vorziehen können.

Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich bin ziemlich irritiert heute, dass der Herr Kollege Stadler Nachrichtendienstliche Akte über jeden und alles fordert und wünscht, das habe ich mir gut vorstellen können im Hinblick auf seine Gesinnung. Dass aber der Herr Kollege Pilz in Wirklichkeit Akte, Nachrichten, Abwehramtliche Akte für jeden und alles fordert, das erscheint mir im Hinblick auf das Datenschutzbedürfnis der Grünen in anderen Bereichen und ihrer eigentlichen Aversion gegenüber Big Brother is watching you doch sehr, sehr eigenartig. Aber dass der Kollege Pilz insistierend fordert, dass das Nachrichtenamt zu wenig Akte hat und von niemandem etwas hat, das erscheint mir doch sehr, sehr eigenartig.

Herr Ministerialrat Wall! Ich habe eine Frage. Ist es schon einmal vorgekommen, dass das Nachrichtenamt Sie informiert hat, dass man bezüglich einer Firma oder einer Person vorsichtig sein soll und eher das Verteidigungsressort Abstand nehmen soll von Beziehungen und geschäftlichen Kontakten?

Mag. Edwin Wall: Ich kann mich nur dunkel erinnern, dass es so etwas in der fernen Vergangenheit gegeben hat, aber in der jüngsten Vergangenheit nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, die Fragen, die in öffentlicher Sitzung zu stellen sind, sind im wesentlichen gestellt.

Wir kommen jetzt zu den Fragen, die in vertraulicher oder in nicht öffentlicher Sitzung gestellt werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte die Plätze wieder einzunehmen, wir setzen die Sitzung fort. Bitte Herrn **Dr. Koren** als Auskunftsperson in den Saal zu bitten.

Wir kommen zur Anhörung von Herrn Dr. Stephan Koren. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu den Personalien. Ihr vollständiger Name lautet, Ihr Geburtsdatum, Ihre Anschrift, Ihr Beruf.

Dr. Stephan Koren: Stephan Koren; geboren am: 14. Dezember 1957; wohnhaft 1180 Wien; Beruf: Ökonom.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Dr. Stephan Koren: War ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, ersuche ich Sie sich an Verfahrensanwalt Dr. Strasser oder mich zu wenden, und wir besprechen die weitere Vorgangsweise.

Sie haben auch die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Dr. Stephan Koren: Nein, ich möchte aber festhalten - ich glaube, die Unterlagen sind schon weitergegeben –, dass die Bundesfinanzierungsagentur vom Bankgeheimnis entbunden hat. Nicht entbunden hat EADS. Und ich glaube, das Finanzministerium hat entbunden unter Auflage des Ausschlusses der Öffentlichkeit, glaube ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das werden wir machen wie bei der Auskunftsperson Maresch, dass wir alles, was dem nicht unterliegt, in öffentlicher Sitzung befragen und dann befinden, ob wir zu einem Punkt kommen, wo es notwendig ist, die Befragung in nichtöffentlicher Sitzung durchzuführen.

Mit der Befragung beginnt die SPÖ. – Bitte.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Koren, Sie haben gesagt, Ihr Beruf ist Ökonom. Uns ist da in der laufenden Befragung von Kollegen von Ihnen – auch vom Bundeskanzler – Einiges nicht ganz ökonomisch vorgekommen, und zwar schon einmal die Frage der Feststellung der Bestbieter. Herr Dr. Koren, ist Ihnen in Ihrem Bankleben schon einmal vorgekommen – ich nehme ganz einfache Bankgeschäfte, Finanzierungsgeschäfte –, dass Finanzierungen, die in einer bestimmten Größenordnung lagen, erst durch längere Laufzeiten billiger geworden sind? Das heißt, dass bei Barzahlung das Produkt A wesentlich billiger war, aber erst durch längere Finanzierung das Produkt B exakt, ich kann es Ihnen sagen, 18 Halbjahresraten, das Produkt B dann billiger geworden ist. Ist Ihnen das im üblichen Bankgeschäft schon aufgefallen, oder wie könnten Sie das erklären? Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, das kann nur der Computer verursacht haben, er kann es sich eigentlich auch nicht erklären.

Dr. Stephan Koren: Ich bin jetzt überfragt. Ich kenne die Basis dieser Überlegungen nicht, welches Produkt A ist billiger geworden durch die Finanzierung gegenüber dem

Produkt B? Ich kann darüber jetzt nichts aussagen, weil ich dazu auch nichts weiß. Worum handelt es sich da?

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Es war der Typ A, die Gripen waren in der Barzahlungsvariante die wesentlich günstigeren. Und genau mit den 18 Halbjahresraten hat sich dann der Eurofighter als günstiger herausgestellt.

Dr. Stephan Koren: Gut. Nachdem ich nicht weiß, wie die Varianten ausgeschaut haben bei Barzahlung, weil ich da ja nicht eingebunden war, kann ich Ihnen auch nicht sagen, wie das unter Umständen gedreht hat. Wir sind aufgefordert worden, ein Finanzierungsangebot zu legen, das wir dann für die Republik gelegt haben. Ob da vorher ein Barkauf billiger war oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Doktor Koren, das heißtt, Sie sind mit Zahlungsvarianten an die Firma Eurofighter, als das finanzierte Institut, überhaupt nie betraut worden?

Dr. Stephan Koren: Wir sind jedenfalls erst nach Zuschlag...Wir sind Ende April 2003 aufgefordert worden, Finanzierungen anzubieten.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Doktor Koren, weil Sie gerade früher selbst die Bundesfinanzierungsagentur genannt haben: Warum glauben Sie – Sie haben ja sicher sehr vieles auch für die Republik, Sie waren ja die Bank der Republik eigentlich und Sie haben ja vieles mit der Bundesfinanzierungsagentur finanziert – war der Grund, dass diesmal eigentlich EADS als Verkäufer, was ja ganz ungewöhnlich ist, auf Sie zukommt, um das zu finanzieren? Warum ist die Bundesfinanzierungsagentur ausgeschaltet worden?

Dr. Stephan Koren: Ich kann jetzt nur über meine Wahrnehmungen sprechen und keine Beurteilungen abgeben. Wir sind von der Bundesfinanzierungsagentur angesprochen worden, ob wir eine Finanzierung, die letztlich im Hintergrund den Ankauf der Eurofighter hat, durchführen können. Das haben wir mit der Bundesfinanzierungsagentur im Erstgespräch besprochen. Und wir haben natürlich dann auch dort zunächst einmal die Varianten besprochen, die dafür in Frage kommen, weil für uns war immer klar: Wenn wir etwas finanzieren, dann finanzieren wir die Republik Österreich. Das heißtt, wir wollen eine Bundesfinanzierung machen, wir können keine Drittparteien finanzieren. Wir wollen den Bund finanzieren und daher mussten dann dort auch einmal die Voraussetzungen geschaffen werden, dass wir zu einer solchen Bundesfinanzierung kommen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): In Wirklichkeiten haben Sie ja nicht die österreichische Republik finanziert, sondern Sie haben ja EADS finanziert. Und EADS hat ja die Konditionen dann gestellt. Ich will noch gar nicht jetzt reden von dem Einredeverzicht und so weiter, der noch zu viel schlechteren Konditionen geführt hat. Wie ist Ihnen das erklärlich, dass dann plötzlich... Herr Doktor Koren, nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel, weil wir gerade früher von den Autos geredet haben: Sie wollen sich ein Auto kaufen und Sie überlassen es dem Autoverkäufer eigentlich, Ihnen ein Finanzierungsangebot zu machen. Würden Sie das selber abschließen? Das heißtt, Sie kaufen einen VW, der ist ein bisschen teurer, aber der Peugeot, der ist billiger, aber Sie kaufen trotzdem den VW, weil der VW in Wirklichkeit mit einer bestimmten Ratenzahlung dann doch billiger wird, oder anscheinend billiger wird. Und es ist Ihnen eigentlich Wurscht, wer da anbietet oder was angeboten wird. Wie können Sie sich das erklären, dass Sie mit der Bundesfinanzierungsagentur oder die Bundesfinanzierungsagentur nicht Angebote eingeholt hat, sondern da hat jemand angeboten, der noch dazu der Verkäufer ist, und dieses Angebot hat man angenommen. Das ist für uns sehr dubios. Und auch nicht ökonomisch.

Dr. Stephan Koren: Also nach meiner Wahrnehmung hat die Bundesfinanzierungsagentur Angebote eingeholt. Zummindest war das unsere Wahrnehmung. Und wir hätten auch anders nicht finanziert. Wir hätten nicht – wir wollten ja weder in der Projektgesellschaft, noch wäre unser Interesse gewesen, ein drittes Unternehmen zu finanzieren, sondern wir haben daher auch in allen Verträgen sichergestellt, dass auch sowohl die Wirtschaftsprüfer wie auch von der rechtlichen Seite her sichergestellt ist, dass die Vertragskonstruktion dergestalt ist, dass wir letztlich eine Verwaltungsschuld des Bundes eingehen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Koren! Ich habe mir die Mühe gemacht, exakt zu diesem Finanzierungszeitpunkt Konditionen abzurufen, die ich selber in der Gemeinde auch dann genossen habe in einer wesentlich geringeren Finanzierungssumme. Da ist es gegangen um in etwa 12 Millionen € Und ich habe mir dann durch verschiedene Unternehmungen und verschiedene Banken eine Finanzierung anbieten lassen.

Dr. Stephan Koren: Auch durch uns?

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Auch durch Sie. Ja. Und die haben damals angeboten, Herr Dr. Koren, SMR war 2,9 plus 0,2 für eine Gemeinde, die im Talon relativ gute Bonitäten gehabt hat. Das heißt, wir haben Anteile an der Sparkasse verkauft. Und daher haben wir gute Bonitäten gehabt. Und ich sage, die Bonitäten unserer Stadt würden ja sicherlich auch die Bonitäten des Bundes sein. Ich sage also, die Bonitäten des Bundes habe ich auch abgefragt bei Ihrem Institut, die wären damals 0,1 gewesen. Also SMR, WIBOR, EURIBOR, was immer auch, plus 0,1. Warum glauben Sie, Herr Dr. Koren, hat man jetzt mit 4,4888 Prozent finanziert, das heißt, 1,5 Prozent mehr als sich jedes Vorhaben in der Republik, jedes Vorhaben des Landes, jedes Vorhaben an der Gemeinde finanzieren hätte können?

Dr. Stephan Koren: Ich glaube, obwohl das relativ einfach ist, kann ich dazu außer sehr abstrakt nicht sehr viel sagen, weil das sicherlich dem Bankgeheimnis unterliegt, wenn es eingefordert wird. Also ich glaube, da brauchen wir nicht lange diskutieren, die Frage der Bepreisung. Aber Sie können davon ausgehen, auch in diesem Geschäft, und Sie wissen, wir sind ein großer Financier auch von Gemeinden, des Bundes, und das ist in der Regel kein wahnsinnig lukratives Geschäft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich Sie kurz unterbrechen, Herr Doktor. Wäre es möglich, diese Pressekonferenz, diese Doppelkonferenz Fekter-Pilz einfach außerhalb des Saales abzuhalten? – Bitte. Einfach draußen. Es ist störend. Wenn einer eine Pressekonferenz dort hinten hält oder eine, wird es vielleicht noch gehen, aber wenn es eine Doppelkonferenz wird, wird es störend. – So. Danke.

Dr. Stephan Koren: Dann wissen, ohne dass ich das Bankgeheimnis verletze, kann ich sagen, bei Finanzierungen öffentlicher Hände schauen ein paar Basispunkte Spanne für die Bank heraus. Anders ist es auch in diesem Geschäft nicht. Wie die Zinskalkulation zustande gekommen ist, muss ich ersuchen, kann ich nicht leicht beantworten, weil das ist eindeutig. Aber es wäre leicht aufklärbar, wenn wir einmal vom Bankgeheimnis entbunden wären, wäre das glaube ich in zwei Minuten aufgeklärt, wie die Zinsbildung ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Koren! Da muss ich wirklich mit einer ganz großen Vehemenz jetzt auf die abstrakten Zahlen aufmerksam machen. Zwei Milliarden Euro sind zu finanzieren. Sie reden von kleinen Provisionen. Das ist okay. Das versteh ich sogar, was Sie sagen. Aber wissen Sie, was die kleinen Provision pro Jahr ausmachen? 30 Millionen € Das sind ja keine kleinen Provisionen mehr.

Dr. Stephan Koren: Das stimmt nicht.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Das stimmt!

Dr. Stephan Koren: Definitiv nicht.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Das kann Ihnen jedes Schulkind ... Ich habe finanziert mit 3 Prozent, Sie finanzieren mit 4,5 Prozent, 1,5 Prozent Delta von 2 Milliarden sind 30 Millionen € Zinsdifferenz, Zinsdelta pro Jahr.

Dr. Stephan Koren: Wäre schön.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Und, Herr Doktor, noch dazu die völlige, das heißt, durch den Einredeverzicht noch die Verantwortung komplett aus der Hand geht. Das sind ja nicht Triple A, das sind ja unvorstellbare A's, die man hier an Sicherheiten eingefahren hat.

Dr. Stephan Koren: Aber ich darf Ihnen verraten, die 30 Millionen stimmen nicht, und zwar um Potenzen nicht. Wenn Sie mir zeigen, wo ich bei der öffentlichen Hand eine solche Marche fahren kann, dann wäre ich Ihnen dankbar, weil dann würde ich das sofort versuchen, auch im Geschäftsmodell umzusetzen. Es ist nicht umsetzbar, auch in diesem Fall nicht.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich muss mir meine Finanzierungen heraussuchen lassen, vielleicht auch Ihr Angebot. Nur ich weiß, dass Ihr Angebot, dass die SMR, das können Sie sogar nachschauen, da können Sie heute anrufen, im Jahr 2003 war 2,9, also die Sekundärmarkt... 2,9 Prozent, 2,8 Prozent, 2,9 Prozent, der WIBOR war 2,8 Prozent, 2,9 Prozent, der Euribor war auch dort. Und jetzt kann man noch etwas dazu rechnen, Herr Doktor, aber mit all Ihren Provisionen, das scheint mir doch sehr kühn zu sein, also da liegt ein Delta drinnen. Herr Dr. Mitterlehner! Das können Sie mir nicht erzählen. Sie haben vielleicht noch nie etwas finanziert, oder Euch ist es Wurscht, was es kostet. Als Steuerzahler kann ich das nicht hinnehmen. 30 Millionen € Delta, wo sind die hin?

Jetzt unterstelle ich Ihnen, Herr Doktor, Ihr habt dabei etwas verdient. Okay. Also der Makler, kleine Provisionen, im Promillbereich sind das schon Zehn Millionen. Die Bank, ein paar Promille oder Prozente, halbe Prozente, das sind auch Millionen. Und die andere Seite, vielleicht ist noch eine dritte Seite auch dabei, aber mir erscheint dieses Zinsdelta und auch die Vorgangsweise, wie man zu dieser Finanzierung gekommen ist, äußerst dubios.

Dr. Stephan Koren: Ich weiß nicht, was dubios ist und wie wir dazu gekommen sind. Ich kann nur noch einmal festhalten, die von Ihnen genannten Zahlen sind in Potenzen nicht richtig in dem Geschäft mit der öffentlichen Hand. Und ich würde darum ersuchen, wenn man mir sagt, wie man das macht. Verdienen Sie ein paar Basispunkte, mehr ist da nicht drinnen, da sind wirklich um Zehnerpotenzen weg. Und vielleicht, wenn wir vergleichen die Finanzierung, die Sie hatten, mit anderen, muss man sich immer die Refinanzierung im Hintergrund anschauen, wie schaut denn die Struktur aus, die dahinter liegt. Und da ist vielleicht auch der Einstandspreis der Bank ein anderer. Aber noch einmal, ich kann zu dem Thema nichts sagen. Man könnte das relativ einfach erklären. Nur wenn ich entbunden bin vom Bankgeheimnis, das unterliegt dem mit Sicherheit

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor! Darf ich Sie ersuchen, dass Sie uns erklären, worin hier das Bankgeheimnis gegenüber dem Ausschuss sein soll, denn die eine Seite ist der Bund, da gibt es kein Bankgeheimnis gegenüber diesem Ausschuss. Und die andere Seite ist EADS. Und die Frage ist jetzt, wenn Sie uns vielleicht erläutern, worin Sie darin die Problematik des Bankgeheimnisses sehen.

Dr. Stephan Koren: Dass im Vertrag Konditionen drinnen stehen und die haben mich nicht entbunden vom Bankgeheimnis, da kann ich nicht gut etwas – da begebe ich mich auf ein rechtlich ziemlich böses Glatteis, würde ich sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie meinen den Vertrag zwischen der BAWAG-PSK und EADS.

Dr. Stephan Koren: Der PSK und der EADS, ja. Aber noch einmal, die Sache, mehr als ein paar Basispunkte verdienen Sie nicht. Das ist so.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber, Herr Doktor, ich kann mir dann diesen eklatanten Unterschied nicht vorstellen. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, warum die Postsparkasse, die Sparkassen, die Erste, die Raiffeisenorganisation und die Salzburger Sparkasse zum Beispiel uns auf Anfrage nach der SMR des Finanzierungsjahres oder des Finanzierungszeitpunktes uns die 2,8 Prozent oder 2,9 Prozent angegeben haben und gesagt haben, je nach Bonität kriegen Sie noch plus, plus, plus. Das sind die paar Prozenterln, die Sie haben. Aber das unterscheidet immer noch nahezu um 1,5 Prozent, und das ist das, wo ich sehe, dass hier viel Geld drinnen ist. Und die Frage war eben die, Herr Doktor, was für mich auch noch in dieser Frage so erhärtet und ungewöhnlich wirkt, ist das, dass Sie mit EADS in Wirklichkeit den Vertrag ausgehandelt haben, dass man gar nicht weiß, hat es ein Bieteroffert, ein Gegenoffert gegeben, sondern man hat gesagt, Einredeverzicht, alle Sorgen bei mir, der Ministerialrat Wall, das war der Urheber der ganzen Situation. Sie haben ein Papier in der Hand gehabt, wo Sie als Bank völlig abgesichert sind, durch den Einredeverzicht der Republik Österreich, das heißt, Ihr habt die doppelten Sicherheiten gehabt. Und was ist übrig geblieben? Das muss man auch schon hinterfragen. Der Mitterlehner ist nicht mehr da, weil Sie das immer so verteidigen. Es ist ja nichts übrig geblieben von diesen Halbjahresfinanzierungen, von den Halbjahresraten, Herr Doktor. Sie haben, und ich frage Sie, wissen Sie zufällig, wie viel Sie bei Vertragsabschluss der Firma EADS schon vorgeschosSEN und gezahlt haben? Da kolportiert man Summen, eine Milliarde, 1,2 Milliarden – wie hoch war der Anteil, den man schon vorausgezahlt hat?

Dr. Stephan Koren: Da darf ich um Verständnis ersuchen, dass ich dazu nichts sagen kann, wenn mich die Firma EADS nicht vom Bankgeheimnis entbindet. Aber noch einmal zurückzukommen auf die Vertragsgestaltung. Die Vertragsgestaltung ist uns nicht angeboten worden, sondern die Vertragsgestaltung haben wir so verlangt, weil wir sonst die Finanzierung, wir hätten sonst auch kein Angebot gelegt, und ich nehme an, alle Anderen, die eingeladen wurden, um da ein Angebot anzugeben, werden das gleiche gemacht haben, weil wir klarerweise eine Bundesfinanzierung machen wollten, und keine andere. Wir haben daher auch Rechtsgutachten eingeholt, wie muss denn die Vertragsgestaltung sein, damit auch sichergestellt ist, dass wir nach Bankwesengesetz eine Nullunterlegung haben, dass wir nicht die Großveranlagungsgrenze, also das übliche Procedere nach dem Bankwesengesetz. Das haben wir uns schlicht und einfach vorgenommen. Das war unsere Vorgabe. Anders hätten wir es auch nicht gemacht. Das heißt, wir wollten eine Finanzierung des Bundes und wir wollten keine Finanzierung von Drittparteien machen. Sonst hätten wir auch kein Angebot gelegt. Und ich nehme an, auch alle Anderen werden kein Angebot gelegt haben außerhalb dieser Bedingungen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Letzte Nachfrage, ich bin nicht mehr am Wort, aber wie ist es zu dem Wechsel dann gekommen, dass Sie dann doch für EADS angeboten haben und nicht für den Bund?

Dr. Stephan Koren: Weil das bei einer solchen Vertragsgestaltung zwangsläufig so ist. Trotz all dem ist der Kreditnehmer nicht die Republik, sondern der formale

Kreditnehmer, aber durch die Vertragsgestaltung ist sichergestellt, dass de facto das eine Verwaltungsschuld des Bundes ist.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Doktor wirklich letzte Nachfrage. Das stimmt schon, was Sie sagen, aber im Prinzip haben Sie die Verantwortung, ist durch diese Vertragserrichtung immer weitergegeben worden, und in Wirklichkeit haben Sie trotzdem die Republik finanziert, letztendlich, aber mit sehr schlechten Konditionen. Und das werfen wir Ihnen vor.

Dr. Stephan Koren: Darf ich noch einmal zur Konditionengestaltung etwas sagen. Man könnte das gerne ausrechnen, noch einmal, wir haben auch die diesen nicht anders als bei Finanzierungen öffentlicher Hand üblich ein paar Basispunkte verdienen können, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Koren! Eine kurze Frage zu Beginn noch einmal, dass wir vom gleichen ausgehen. Es geht hier um eine Fixzins-Finanzierung auf neun Jahre Laufzeit?

Dr. Stephan Koren: Bitte, um was geht es?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Grundlage dieser Berechnung war ein Fixzinssatz auf neun Jahre gerechnet oder nicht?

Dr. Stephan Koren: Ich fürchte, das sind die Themen, da kann ich Ihnen schwerlich etwas sagen. Wenn mich jemand nicht entbindet kann ich nicht sagen, welche Konditionen da drinnen stehen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann muss ich es anders machen. Dann gehe ich einmal grundsätzlich davon aus, und dann wird auch vielleicht dieser Zinsunterschied von Bürgermeister und Kollegen, der SPÖ-Bürgermeister Faul etwas leichter zu erklären sein, denn ich glaube nicht, dass er seine Hausbank in seiner Stadt Weiz gefragt hat, was seine Hausbank bei einem zwei Milliarden Deal für einen Zinssatz machen würde bei neun Jahren Laufzeit bei einem so und so hohen Fixzinssatz. Man muss da schon Äpfel mit Äpfeln vergleichen.

Die PSK. Aber Ihre Hausbank in Weiz wird Ihnen kaum ein Kreditbeispiel durchrechnen mit zwei Milliarden €. Das kann ich mir kaum vorstellen und deswegen sollte man schon einmal....

Machen Sie das einmal. Sie haben jetzt schon seit drei oder vier Monaten immer wieder unterschiedliche Personen gefragt und gesagt, Sie haben das durchrechnen lassen. Sie stellen das immer wieder in den Raum, dass es unvorstellbar ist mit solchen Zahlen zu rechnen, und sagen Sie haben sich dann informiert oder sagen Sie, dann müsste man sich einmal informieren.

Ich habe bei der Bank gearbeitet und selbst Kredite vergeben. Ich verstehe das schon, keine Sorge.

Die Frage, die ich jetzt doch anschließen möchte und die für mich wesentlich ist. Wie würde es sich darstellen, wenn die Republik jetzt doch aus dem Vertrag aussteigt? Zu welchen Konsequenzen führt das?

Dr. Stephan Koren: Ich möchte das irgendwann abschließen, was die Frage der Refinanzierungskosten und der Aufschläge betrifft. Wie der Kollege richtig sagt, die Frage ist immer die des Einstandspreises, da gibt es einfache und nicht so einfache Finanzierungen, Sie können Fixzinsen jetzt oder für später bestellen und so weiter. Das hängt von der Einschätzung dessen ab, der den Kredit aufnimmt, und je nachdem schauen dann auch die Refinanzierungen, denen muss ja die Bank nachhupfen, die

muss ja bei einem Anderen genau so das Geld einkaufen und dann weitergeben. Demnach schauen auch die Refinanzierungskosten anders aus. So eins zu eins geht das nicht, dass man sagt, ich hätte aber bei der Finanzierung, wenn ein anderer eine andere Finanzierung hat, hat klarerweise auch die Bank andere Einstandskosten. Das dazu.

Das zweite Thema war, helfen Sie mir auf die Sprünge? Die Frage war noch einmal?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Die Frage war, wie es sich für das Geldinstitut darstellen würde, wenn die Republik tatsächlich aus dem Vertrag aussteigen würde?

Dr. Stephan Koren: Unser Verständnis natürlich ist, wozu haben wir einen Vertrag gestaltet? Sonst hätten wir ihn nicht gemacht. Wir haben einen Vertrag, hinter dem letztlich die Republik Österreich steht, in Form einer Verwaltungsschuld. Das heißt, der Vertrag ist natürlich zu erfüllen, wenn man aussteigt. Was im Grundgeschäft zwischen dem Lieferanten und der Republik passiert ist ein zweites Thema. Man kann sich immer auf alles einigen, aber im Grunde genommen, so wie es heute steht und liegt ist der Vertrag selbstverständlich zu erfüllen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Es ist ja schon eine beträchtliche Summe überwiesen worden an den Produzenten. Wie schaut das dann mit diesem Geldbetrag aus? Was würde dann passieren?

Dr. Stephan Koren: Da müsste sich die Republik Österreich mit EADS einigen, was mit dem Geld passiert. Unsere Seite muss befriedigt werden. Wir haben einen Vertrag, und damals haben wir auch darauf geachtet, dass das de facto eine Verwaltungsschuld der Republik sicherstellt. Eine Einigung zwischen dem Produzenten EADS und der Republik. Dann könnte man es auflösen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie uns den derzeitigen Stand des Geldbetrages nennen, der überwiesen wurde bis dato?

Dr. Stephan Koren: Ich fürchte das kann ich nicht, ohne dass EADS mich entbindet, und die haben mich nicht entbunden. Wie Sie der Unterlage oder dem Herrn Vorsitzenden vorliegenden Unterlage entnehmen können hat EADS mich nicht entbunden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, das Geldinstitut an sich betrifft eine Vertragsauflösung überhaupt nicht, so wie ich das jetzt verstanden habe, weil Sie einen anderen Vertrag haben, der zu erfüllen ist und die Republik müsste sich das nur mit der Eurofighter GmbH ausmachen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor! Wir können das Letzte relativ einfach machen. Die vertraglichen Zahlungsziele und Zahlungsfristen kennen wir ja aus dem Vertrag. Hat sich an diesen Zahlungsfristen etwas geändert?

Dr. Stephan Koren: Ich weiß nicht welche Zahlen Sie kennen, aber wenn gehe ich davon aus, dass sie sich nicht geändert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus dem Vertrag, aus dem Grundgeschäft.

Dr. Stephan Koren: Wenn Sie Zahlen kennen glaube ich, dass sie sich nicht geändert haben, aber ich weiß nicht welche Zahlen Sie kennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie kennen ja den Vertrag zwischen Eurofighter und der Republik Österreich, und dort sind genau die Zahlungstermine drinnen.

Dr. Stephan Koren: Hat sich nichts geändert, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also wir können davon ausgehen, dass die dort vereinbarten Zahlungen bisher geleistet wurden?

Das ist eine Zahlung, die die Republik geleistet hat.

Dr. Stephan Koren: Ich möchte jetzt ehrlich gesagt schon vorsichtig sein. Ob das jetzt lächerlich ist oder nicht, aber ich habe....

Ich gehe davon aus, dass die Dinge so wie sie im Vertrag stehen sich darstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben zurecht gesagt, und ich habe mich darüber gefreut, weil das auch meiner Einschätzung entspricht, es handelt sich um eine Verwaltungsschuld. Bei dieser Verwaltungsschuld gibt es unter uns gesagt vor diesem Ausschuss kein Bankgeheimnis.

Ich weiß schon worauf Sie hinaus wollen, aber wir reden jetzt von der Verwaltungsschuld. Hat die Republik Ihres Wissens nach die im Vertrag zwischen der Republik und Eurofighter festgelegten Zahlungen und Zahlungsfristen gewahrt und Zahlungen geleistet?

Dr. Stephan Koren: Ich gehe davon aus, dass die Republik vertragstreu war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Ihnen ist nichts Anderes zu Ohren gekommen, weil dann kann man jetzt selbst hinaufrechnen. Da brauchen wir gar nicht mehr weiter reden. Ist es so?

Dr. Stephan Koren: Davon gehe ich aus, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Etwas Gegenteiliges würden Sie uns jetzt sagen, wenn Ihnen etwas Gegenteiliges zu Ohren gekommen wäre.

Wir haben in diesem Vertrag einen Einredeverzicht, und zwar einen so umfassenden Einredeverzicht, wie ich ihn überhaupt noch nie in einem Vertrag gesehen habe. Haben Sie einen ähnlichen Einredeverzicht schon einmal gesehen Herr Doktor?

Dr. Stephan Koren: Um ehrlich zu sein, ich war das erste Mal mit einem Einredeverzicht in dieser Form konfrontiert. Ich kann auch keine Vergleiche zu anderen ziehen, aber wir haben den mit unseren Rechtsanwälten damals besprochen und wir wollten ihn so eng ziehen, wie nur geht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Enger ging gar nicht. So ist es recht, das ist auch meine Einschätzung.

Dann haben wir dazu in Kombination – man muss das immer in der Kombination sehen – eine unbedingte Kaufpreiszahlungsgarantie. Haben Sie so etwas auch schon einmal gesehen in dieser weitreichenden Form?

Dr. Stephan Koren: Noch einmal. Nachdem ich mit solchen Finanzierungen, das ist ja nicht etwas Alltägliches, ich weiß nicht, ob das in Deutschland oder wo anders, wo ähnliche Anschaffungen waren....

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, in Ihrer Bank, in Ihrer PSK-Erfahrung. Sie sind ja schon länger in der PSK:

Dr. Stephan Koren: Schon, ich bin schon länger dort, aber trotzdem das macht man nicht alle Tage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie, das ist auch meine Einschätzung.

Dann haben wir das wieder in Kombination zwischen der unbedingten Kaufpreis-Zahlungsgarantie und dem Einredeverzicht haben wir auch noch eine Zustimmung, eine Vorab-Zustimmung zur Zession. Es war also von vornherein geplant eine Zession vorzunehmen. Das in Kombination ist eigentlich eine gewaltige Sicherheit für die finanziierende Bank.

Dr. Stephan Koren: So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie darüber hinaus weitere Sicherheiten bekommen?

Dr. Stephan Koren: Die sind mir jetzt nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie ein Pfandrecht an den Flugzeugen eingeräumt bekommen?

Dr. Stephan Koren: Das kann ich Ihnen nicht, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen es nicht?

Dr. Stephan Koren: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Art Eigentumsvorbehalt zugestanden bekommen?

Dr. Stephan Koren: Um ehrlich zu sein, die Details weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber wenn es so etwas gäbe, hätte es Ihnen vorgelegt werden müssen?

Dr. Stephan Koren: Wir haben den Vertrag in toto gesehen, aber nicht alle Details, weil wir uns darauf abgestützt haben, dass am Schluss uns sowohl die Wirtschaftsprüfer wie die Rechtsanwälte sagen, das ist jetzt so dicht, das ist eine Verwaltungsschuld oder eine Verwaltungsschuld de facto ähnlich, und dann können wir es machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist ja das Problem, dass es de facto eine Verwaltungsschuld ist, de iure in Wahrheit aber nur einer Verwaltungsschuld ähnlich ist, in Wahrheit aber ein ganz normales Zivilrechtliches Geschäft ist.

Dr. Stephan Koren: Wie bei jeder, wenn ich privat eine Haftung für einen anderen eingehe, ähnlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sodass ja auch eine Art Pfandrecht, beziehungsweise Eigentumsvorbehalt denkbar wäre.

Dr. Stephan Koren: Das müsste ich nachschauen, kann ich

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie so etwas feststellen, wären Sie in der Lage, das dem Herrn Ausschussvorsitzenden mitzuteilen? Bitte.

Dr. Stephan Koren: In welchem Vertrag müsste das stehen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das müsste natürlich geklärt werden mit EADS, weil es müsste im Vertrag drinnen stehen zwischen der BAWAG PSK und EADS. Das müssten Sie dann mit der Bank und mit EADS klären.

Dr. Stephan Koren: Die haben mich nicht befreit, daher kann ich es von dem aus nicht sagen. Also wenn es geht, gebe ich es Ihnen gerne, wenn es rechtliche Probleme macht, bitte ich um Verständnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte. Würden Sie es uns aber auch mitteilen, weil es rechtliche Probleme, damit wir hier Sicherheit haben, auf welchem rechtlichen Terrain wir uns befinden. Die Frage ob es ein Pfandrecht an den

Flugzeugen gibt, ob ein zusätzliches Pfandrecht eingeräumt wurde, oder ob es eine Form eines Eigentumsvorbehaltes gibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch; Kollege Kogler bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke schön, Herr Dr. Koren, das Geschäft hat ja zweifellos einen Umfang, dass das aufsichtsratspflichtig war, wie man salopp sagt, ist das richtig?

Dr. Stephan Koren: Naja, es ist insofern richtig und nicht richtig, als die Republik Österreich nach Bankwesengesetz unterliegt nicht der GVA, also der Großveranlagungsgrenze und im übrigen gibt es natürlich im Aufsichtsrat auch für jeden Aufsichtsrat auch Linie für die Republik, und in denen war das gedeckt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ist dieser Kreditvertrag, respektive die dazugehörigen Konstruktionen, ist dieses Konvolut dem Aufsichtsrat vorgelegt worden?

Dr. Stephan Koren: Das Konvolut ist dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt worden, aber natürlich ist es in den Linien des Aufsichtsrat drin gewesen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die groben Kreditlinien? Ja.

Dr. Stephan Koren: Ja, natürlich, wir sagen auch nichts anderes, deshalb war es auch so wichtig, dass es eine Bundesfinanzierung ist und nichts anderes.

Dr. Stephan Koren: Ja, ich weiß, Sie beziehen sich immer auf Bundesfinanzierung, das halte ich auch für zutreffend, haben Sie, damals war ja nicht die BAWAG, sondern die PSK, allerdings schon 100 Prozent-Tochter, das finanzierende Institut, Sie waren im Vorstand, haben Sie selbst diese Linie dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht?

Dr. Stephan Koren: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen, aber kann sein, dass ich es selbst war, oder jemand anderer, oder ein Kollege von mir.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie können sich nicht erinnern?

Dr. Stephan Koren: Nein, aber bei jeder Sitzung werden die Groß, nicht bei jeder, aber doch regelmäßig werden die großen Kreditlinien besprochen, und da gehört natürlich auch die Republik dazu.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja. Das muss im Juni 2003 gewesen sein. Ich wollte Sie ersuchen, ein bisschen Ihr Erinnerungsvermögen zu schärfen, weil es doch, jedenfalls für Mitglieder dieses Ausschusses ein bisschen seltsam anmutet, dass man über diese zwei Milliarden Konstruktion keine Erinnerung hat, das würde mich schon interessieren, ob Sie oder ein anderer Vorstandskollege das dem Ausschuss vorgetragen haben. Können Sie noch einmal kurz nachdenken, oder sonst einen Weg finden, das dem Ausschuss mitzuteilen?

Dr. Stephan Koren: Das kann ich Ihnen gerne mitteilen, wenn ich mir die Protokolle anschau, aber noch einmal, über die Linien der öffentlichen Hand, wurde sicherlich regelmäßig berichtet, und daher war das auch inkludiert, automatisch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, würden Sie bereit sein, dem Ausschuss dieses Protokoll und die Tagesordnung der betreffenden Aufsichtsratssitzung zu übermitteln?

Dr. Stephan Koren: Da müssten Sie jetzt einmal sagen, von welcher Aufsichtsratssitzung Sie sprechen, weil

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na, jetzt haben wir uns glaub ich drauf verständigt, dass wir über jene sprechen, wo das zumindest vorgetragen wurde, wenn nicht zum Beschluss vorgelegt, weil das ist ja noch immer nicht geklärt.

Dr. Stephan Koren: Zum Beschluss, noch einmal, darf ich noch einmal festhalten: die öffentliche Hand, hier geht es nicht, wir haben ja keine, und sonst hätten wir es auch nicht gemacht, weil es ist eine Finanzierung des Bundes, daher wurde dort natürlich nicht über eine Finanzierung der Firma EADS oder sonst irgendwas berichtet, sondern es wurde schlicht über eine Finanzierung des Bundes berichtet, das ist ja ganz klar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut.

Dr. Stephan Koren: Ich meine, wir haben 8 Milliarden, oder damals keine Ahnung 8 Milliarden Volumen öffentliche Hand gehabt, und das war halt dann Teil davon.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir können das ja dann gegen Ende der Befragung noch klären, wie das allenfalls mit diesen Dokumenten ist, es fügt sich jetzt, und ich habe eigentlich gar nicht mehr viele Fragen, es fügt sich jetzt ins Bild, dass Sie jetzt schon von der ersten Befragung durch den Kollegen Faul weg immer wieder betonen, es handle sich eigentlich um eine Bundesfinanzierung. Der Meinung sind wir auch, die ökonomische Konstruktion ist fast eins zu eins einer Bundesfinanzierung nachgebildet, formal war der Kreditnehmer allerdings Eurofighter JagdflugzeuggesmbH, im übrigen nicht EADS. In dem Zusammenhang habe ich nur eine Frage: Wie ist die Bundesfinanzierungsagentur Ihrer Wahrnehmung nach auf die BAWAG zugekommen im zweiten Schritt? Sie haben gesagt, im ersten Schritt war Ihr Kenntnisstand, es geht um eine ganz normale Kreditaufnahme des Bundes, und in einem zweiten Schritt ist dann was passiert?

Dr. Stephan Koren: Also auch wenn Sie meinen, Sie müssen meinem Gedächtnis auf die Sprünge helfen, so ganz einfach ist das nicht. Nach meinem, ich habe jetzt nur für den Ausschuss eben meine Aufzeichnungen angeschaut. Nach diesen Aufzeichnungen hat mich, jetzt weiß ich aber nicht genau, was der Inhalt dieses Gesprächs war, hat mich der Herr Dr. Eder von der Bundesfinanzierungsagentur einmal angerufen, um nach einer Finanzierung, ich nehme an, da wird er schon von den Eurofightern gesprochen haben, zu fragen, ich habe dann Experten unseres Hauses namhaft gemacht, die sich mit Experten der Bundesfinanzierungsagentur treffen sollen. Ich glaube, dort ist, ich weiß nicht, in wie vielen Sitzungen sehr schnell klar geworden, dass wenn wir dem nahetreten, wir es nur tun unter dem Prätext, dass wir keine, und da würde ich einmal sagen, legal, Verwaltungsschuld des Bundes haben, ist übrigens nicht so ungewöhnlich. Die Konstruktion ist natürlich sehr komplex, aber die ist nicht ungewöhnlich. Jede Gemeinde, übrigens auch da zu den Aufsichtsräten, jede Gemeinde, die haftet für irgendeine vorgelagerte Institution verbuchen wir unter Gemeindeverbindlichkeit und sagen nicht, wir haben jetzt einen Kredit gegenüber irgendeinem Sportverein, sondern das ist die Gemeinde, weil die steht dahinter und die haftet dafür, und das ist glaube ich dort sehr schnell klar geworden, dass wir nur unter dem Prätext anbieten. Und unser Eindruck war, dass es da mehrere Gespräche nicht nur mit uns sondern auch mit anderen gibt. Zumindest ist uns das so indiziert worden und signalisiert worden. Und dann wie gesagt, haben wir auch bei uns Anwälte eingeschaltet um zu schauen, wie können wir das dicht machen, dass es am Ende des Tages wirklich eine Verwaltungsschuld des Bundes ist, mit entsprechenden Finanzierungskonditionen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, mit dem Ziel, dass eine Nullunterlegungspflicht für dieses Geschäft entsteht?

Dr. Stephan Koren: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Verwaltungsschuld, Nullunterlegung und Bundesfinanzierung. Also aus dieser Perspektive, das deckt sich auch mit dem, was Sie an dieser Stelle im korrespondierenden im Bankenausschuss gesagt haben, da ist kein Widerspruch, jetzt haben wir das auch hier bei Protokoll, ich möchte nur die Ausschussmitglieder darauf aufmerksam machen, dass das in ganz anderem Zusammenhang von Interesse ist, weil genaudiese Art. Das ist jetzt nicht Ihr Bier, wie man so schön sagt, aber weil genau diese Art der Finanzierung von Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH nicht angeboten wurde, in der öffentlichen Ausschreibung. Mit dieser Finanzierungsvariante hätte die Republik genauso mit allen anderen Biatern verhandelt, wäre das Konkurrenzprodukt Gripen haushoch Bestbieter gewesen, darum geht es. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch, gibt es von der Ö Fragewünsche, das ist ncith der Fall. Kollege Kräuter bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, eine kurze Feststellung und dann noch eine Frage, eine abschließenden. Wenn man jetzt die Frage stellt, wie viel hat zur Stunde der Steuerzahler gezahlt, kriegt man die Antwort, EADS hat Sie nicht entbunden, und Sie können dazu nichts sagen. So war das, als der Kollege Darmann gefragt hat. Und ich möchte darauf hinweisen, es ist natürlich für das Parlament, für den Untersuchungsausschuss äußerst unbefriedigend, dass einerseits mit Hinweis auf EADS eine Verweigerung einer Aussage legitimiert werden kann, und andererseits EADS Leute nicht zum Ausschuss kommen, weil außer dem Pressesprecher haben wir niemanden empfangen.

Und wenn man jetzt bedenkt, dass das vor fünf Jahren abgeschlossen worden ist der Deal, und dass die Steuerzahler jetzt enorme Summen bezahlt haben. Und selbst ein Untersuchungsausschuss der acht Monate lang tagt, mit der Situation konfrontiert ist, dass nicht einmal feststellbar ist, wie viel derzeit die Bevölkerung, der Steuerzahler dafür bezahlt hat, dann ist das natürlich absolut unerträglich. Das ist absolut unerträglich, dass das dem Nationalrat nicht möglich ist. Das ist kein persönlicher Vorwurf an Sie, aber diese Situation muss man sich wirklich einmal vor Augen halten.

Wenn von Transparenz geredet wird, Frau Kollegin Fekter, Transparenz, dieses Wort gebrauchen Sie. Nach acht Monaten Untersuchungsausschuss ist es nicht möglich zu erfahren, wie viel gerade jetzt der Steuerzahler dafür bezahlt hat. Das ist unerträglich, füge ich noch einmal hinzu.

Ich hätte noch eine Frage, Herr Dr. Koren. Der Kommentar vom Wirtschaftsblatt, den haben Sie sicher mit Interesse gelesen, am 13. Juni 2007. Ich habe ihn da und ich möchte ihn für alle Fälle vorlegen und Sie einfach fragen, ob Sie diese Argumentation für plausibel halten, die da sozusagen im Ergebnis dieses Kommentars, diese Zusammenfassung. Da heißt es: Den Einredeverzicht der Republik hat sich EADS naturgemäß etwas kosten lassen. 200 Millionen € Nachlass wurden gewährt. Rechnet man die 330 Millionen € für die angebliche Neunjahreszahlung dazu, ergibt das weniger Kosten als ursprünglich vom Ministerrat bekannt gegeben.

Frage, und das ist dann auch die Frage, die im Raum steht. Wer hat die 200 Millionen € kassiert? Und machen die Finanzierungskosten der BAWAG wirklich 330 Millionen € aus?

Ich wollte Sie einfach fragen, ob Sie diese Fragen eben beantworten können, und stelle Ihnen gerne den Artikel zur Verfügung, zum überhaupt erst lesen oder noch einmal lesen, ganz wie Sie möchten.

Dr. Stephan Koren: Soll ich jetzt darauf antworten oder was?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bitte. Aber Sie haben Zeit, Sie können das in Ruhe durchlesen. Das ist an sich bei uns ein übliches Prozedere.

Dr. Stephan Koren: Ich kann einmal sicherlich nicht aus dem was Sie vorgelesen haben, wenn ich das richtig verstanden habe, kaum was sagen, ob der EADS der Einredeverzicht was wert war. Ich weiß es nicht, ich war bei den Gesprächen zwischen der Republik und Eurofighter nicht anwesend. Daher weiß ich nicht, ob es denen was wert war oder auch nichts wert war. Das kann ich nicht wissen.

Und das Zweite ist, ob die Finanzierungskosten 330 Millionen € ausmachen, da sind wir genau wieder beim Thema, da müsste ich entbunden sein vom Bankgeheimnis durch EADS.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Vielleicht nur konkret nachgefragt. Sind die Überlegungen hier von dem Redakteur plausibel?

Dr. Stephan Koren: Ob sie plausibel sind, kann ich nicht sagen. Wie gesagt, zu den 200 Millionen € kann ich einmal gar nichts sagen, weil ich war bei keinerlei Vertragsgesprächen zwischen der Republik und EADS dabei. Daher kann ich das nicht wissen. Und was die 300 Millionen € betrifft, kann ich sie jetzt auch nicht nachvollziehen, weil ich die Zahlungsströme nicht im Kopf habe und dürfte sie auch hier gar nicht nennen.

Aber ich meine, das kann jeder, wenn er ein bestimmtes Volumen, mit einem bestimmten Prozentsatz multipliziert, kommt er zu einer Größenordnung. Aber ich kann zu den konkreten Zahlen sicherlich nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Lassen wir das so stehen. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Jetzt habe ich noch eine kleine, abschließende Frage.

Sagen Sie, diese ganze Zessionsgeschichte. Wessen Idee war das?

Dr. Stephan Koren: Ich nehme an, sie wird von uns aus gegangen sein. Aber das kann ich jetzt auch nicht sagen. Was meinen Sie jetzt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Eine Forderungsabtretung im Ausmaß von etwa zwei Milliarden €, das ist doch keine Kleinigkeit. Da gehe ich als Nichtbanker davon aus, dass man sich erinnern kann, wo diese Idee und dieses Anliegen entstanden ist?

Dr. Stephan Koren: Noch einmal. Das Konkrete kann ich nicht sagen. Was ich sagen kann ist, dass wir von uns aus und da bin ich jetzt kein Experte, weil das ist eine juristische Thematik. Die Frage, wie kann ich sicherstellen, dass diese Finanzierung am Ende des Tages einer Finanzierung des Bundes gleichkommt? Und dazu brauchen Sie, wenn Sie mit einem Juristen sprechen, in dieser Form ein paar Voraussetzungen. Sonst werden Sie am Ende des Tages, wird Ihnen der Wirtschaftsprüfer sagen, das ist keine Bundesfinanzierung...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist mir schon klar.

Dr. Stephan Koren: Daher nehme ich an, dass unsere ... Wir haben auch externe Juristen beschäftigt. Ich nehme an, von denen wird das ausgegangen sein. Die werden nach Modellen gesucht haben, wie kann man es machen, wenn man es macht.

Obmann Dr. Peter Pilz: In wessen...

Dr. Stephan Koren: Das Interesse war unseres. Unser Interesse war es, wenn wir die Finanzierung machen, einen Weg zu finden, zu Null... zu kommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Aber wer wollte, dass Sie die Finanzierung machen?

Dr. Stephan Koren: Nach meinem Wissen wollte das gar niemand, sondern nach meinem Wissen sind mehrere eingeladen worden, unter bestimmten Voraussetzungen Angebote zu legen. So zumindest wurde es uns gesagt. Kollege Eder ist normalerweise nicht einer, der das Geld herschenkt, sondern ich nehme an, er hat den genommen, der dann am Schluss bereit war, die niedrigsten Konditionen anzubieten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieses ist formal schon korrekt. In welcher Art und Weise wissen Sie hat der Vorstand der BAWAG damit zu tun gehabt, wenn überhaupt?

Dr. Stephan Koren: Infofern als sie im Aufsichtsrat vertreten waren...

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. Gibt es sonst noch Fragen? Das ist nicht der Fall. Herr Dr. Koren, die Befragung ist **geschlossen**. Danke, für Ihr Kommen und Auskünfte!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 13 Uhr. Um 13 Uhr ist Frau Kollegin Maria Kallat ...

Ich korrigiere. Ich unterbreche bis 12.45 Uhr, damit wir dann noch ein paar Geschäftsordnungsfragen klären können. Die Sitzung ist unterbrochen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn keine Einwände bestehen, nehme ich die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir befinden uns jetzt nachweislich im öffentlichen Teil. Ich ersuche, Frau Kollegin **Rauch-Kallat** in den Saal zu bitten.

Obmann Dr. Peter Pilz dankt Abgeordneter Rauch-Kallat für deren Erscheinen als Auskunftsperson, erinnert sie an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Maria Rauch-Kallat: Mein Name: Maria Rauch-Kallat; geboren am: 31. 1. 1949; wohnhaft 1010 Wien, Beruf: Unternehmerin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete?

Maria Rauch-Kallat: Das ist zu klären; ich war öffentlich Bedienstete in Karenz und zwar seit 1983. Das Dienstverhältnis wurde 2005 oder 2004 – das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen – aufgelöst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber ich gehe davon aus, dass Sie im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand keine Befreiung von der Amtsverschwiegenheit durch Ihre vorgesetzte Dienstbehörde mitbringen müssen?

Maria Rauch-Kallat: Absolut nicht, ich war als Lehrerin in Karenz.

Obmann Dr. Peter Pilz erinnert daran, dass Frau Rauch-Kallat auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte einer dieser Gründe für die Auskunftsperson schlagend werden, könne sie sich an den Verfahrenanwalt oder an den Obmann wenden, dann werde die weitere Vorgangsweise besprochen werden.

Der Obmann fragt, ob Frau Rauch-Kallat von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, eingangs eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Das wird von der Auskunftsperson verneint.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Kollegin, sind Sie in Ihrer früheren Funktion als Generalsekretärin der ÖVP über die Parteifinanzen informiert worden?

Maria Rauch-Kallat: Selbstverständlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir hatten vor einigen Tagen den früheren Generalsekretär der Industriellenvereinigung hier im Ausschuss, der uns folgendes System berichtet hat: Es gibt oder gab an zwei damalige Regierungsparteien, nämlich ÖVP und FPÖ, direkte Zuwendungen der Industriellenvereinigung aus eigenen Mitteln der Industriellenvereinigung. Und ferner hat die Industriellenvereinigung für Dritte – ob Mitglied oder nicht Mitglied spielt dabei keine Rolle, – die einer Partei eine Zuwendung zukommen lassen wollten, ohne selbst genannt zu werden, in Kenntnis einer diesbezüglichen Bestimmung im Parteiengesetz, an die Industriellenvereinigung nach

Abzug der Steuern zur Weiterleitung an die jeweilig gewünschte Partei eingenommen. Ist Ihnen dieser Vorgang aus Ihrer Zeit als Generalsekretärin bekannt?

Maria Rauch-Kallat: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns im Jahre 2002 und 2003 sagen, wie hoch die Zuwendungen der Industriellenvereinigung waren, die aus Quellen stammen, die nicht sozusagen aus eigenen Mitgliedern der IV, sondern die in der beschriebenen Form, wie ich es Ihnen geschildert habe, von dritter Seite zur Weiterleitung nach Abzug der Steuern an die ÖVP?

Maria Rauch-Kallat: Kann ich Ihnen auswendig nicht sagen, habe auch keinen Zugang in dem Sinn zu den Unterlagen, außer denen, die öffentlich sind, die wir auch ordnungsgemäß dem Rechnungshof gemeldet haben. Ich kann mit Sicherheit ausschließen, dass ich wusste, welche Organisationen über die Industriellenvereinigung ... Wir haben Zuwendungen der Industriellenvereinigung bekommen, aber ohne Angabe von wer, wofür irgendwelche Beiträge geleistet haben. Das ist auch sinnvoll so, weil es ja sozusagen nicht direkt an irgendwelche Lobbying-Sachen angebunden sein soll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn die ÖVP eine Zuwendung bekommen hat, ihrem Kenntnisstand nach, dann war für Sie nicht erkennbar, ob das jetzt sozusagen aus originären IV-Mitteln stammt oder von dritter Seite stammt.

Maria Rauch-Kallat: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und es gab auch nie sozusagen eine Art Botschaft, ich komme dann von der und der Seite, sondern das wurde immer quasi in anonymisierter Form an die ÖVP weitergeleitet?

Maria Rauch-Kallat: Auch das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie jeweils die Steuerabzugserklärungen oder Rechnungen gesehen, woraus Sie schließen konnten, dass die Abgaben bereits geleistet wurden oder nicht?

Maria Rauch-Kallat: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, auch darüber hat sich die IV Ihnen gegenüber nicht extra erklärt?

Maria Rauch-Kallat: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also nein bedeutet hier, nicht extra erklärt.

Maria Rauch-Kallat: Nicht extra erklärt. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich je derartige Unterlagen gesehen hätte oder sie mir auch gezeigt oder vorgelegt worden wären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nachdem Sie die genauen Beiträge oder Beträge nicht nennen können, ist Ihnen in Erinnerung, ob es zwischen 2002, 2003, 2004, 2005 eventuell noch und 2006, ob es hier Ausschläge gegeben hat, also das heißt, einmal mehr, einmal weniger.

Maria Rauch-Kallat: Sicher im Jahr 2002, das ein Wahljahr war, hat es mehr Beiträge gegeben, das ist mit Sicherheit der Fall. Ich sage Ihnen, ich habe mir die Unterlagen angesehen über die Parteienfinanzierung in Einladung zu diesem Vortrag, und da gab es im Jahr 2002 einen Anstieg und der ist mit Sicherheit auf das vorgezogene Wahljahr zurückzuführen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und ansonsten bewegen sich die anderen Beträge in etwa über die Jahre verteilt konstant in gleichmäßiger Höhe?

Maria Rauch-Kallat: Im Jahr 2003 war es dann weniger, weil die Beiträge aus 2003 sicher 2002 vorgezogen wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wäre es einmal für die erste Runde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. Ich komme dann auf Fragen zur Parteienfinanzierung noch zurück. Ich habe vorher ein paar andere Fragen. Können Sie uns sagen, in welcher Funktion Sie im Mai 2001 tätig waren?

Maria Rauch-Kallat: Als Generalsekretärin der ÖVP.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wann sind Sie Regierungsmitglied geworden, damit wir das nur für das Protokoll abgrenzen können.

Maria Rauch-Kallat: Am 28. Februar 2003 bis zum 11. Jänner 2007.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt nur zu Ihrer Information. Im Mai 2001 hat die Firma EADS versucht, einmal überhaupt in den österreichischen Markt zu kommen, weil uns das viele Auskunftspersonen gesagt haben, bis dahin ein von Schweden, von SAAB dominierter Markt war, und hat Monate später der Herr Steininger, den inzwischen alle kennen, beauftragt worden ist, den Herrn Wiederwohl, den Vertreter der Firma Aerospace Austria, also ASA beauftragt, die Situation in Österreich zu erkunden und einen Strategievorschlag, so eine Art Regie für das Vorgehen von EADS in Wien zu erstellen. Und da gibt es einen Bericht vom 10. Mai 2001 mit einem Begleitbrief am 14. Mai 2001 vom Herrn Wiederwohl an den Herrn Bergner, der war damals Senior Vice President EADS Zentral- und Osteuropa und ist jetzt schon seit einiger Zeit der Verantwortliche für die Gegengeschäfte mit der Firma EBD in Wien, über die wir recht ausführlich in dem Ausschuss gesprochen haben. Und der Herr Wiederwohl schreibt jetzt an den Herrn Bergner, EADS:

Sehr geehrter Herr Dr. Bergner! Bezugnehmend auf die letzte Besprechung in München hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise im Projekt Abfangjäger für Österreich übermitteln wir Ihnen in der Anlage den Sachstandsbericht vom 10. Mai 2001.

Und jetzt zitiere ich Ihnen daraus, und möchte sie fragen, ich werde diese Frage im Großen und Ganzen bei jedem Punkt wiederholen, was Ihnen zum damaligen Zeitpunkt dazu bekannt war und was Sie später erfahren haben. Weil man muss immer sehen, damals war man der Meinung, es wird relativ bald zu einer Typenentscheidung kommen, bekanntlich ist es dann erst mit Verzögerungen am 2. Juli 2002 zur Typenentscheidung gekommen. Und das war so die Vorbereitungsphase.

In einem als Anlage 1 beigelegten Memo wird EADS folgendes mitgeteilt über den Sachstand in Österreich: Bemerkenswert ist, dass das Bundesheer die Preisbasis für JASS 39, das sind die Gripen, und F-16 gleich setzt, und alle anderen Modelle als unrealistisch betrachtet. Also das weist darauf hin, was wir wissen, im BMLV hat man geglaubt, Eurofighter kommt da eigentlich nicht in Frage, aber Gripen oder F-16. Und dann kommt es:

Die wahren Kosten der Gesamtbeschaffung werden mit drei Erfüllungsstufen vor der Bevölkerung verschleiert und auch die Minimalvariante muss auf 20 bis 21 Milliarden Schilling gedrückt werden, um politisch im Gespräch zu bleiben. Dies erreicht man durch die Nettopreisangabe ohne Steuern und Abgaben und kann damit auch den direkten Bezug zu den erwarteten Gegengeschäften herstellen. Die Medien berichten daher von Kosten bei 21 Milliarden und Gegengeschäften von 42 Milliarden Schilling (200 Prozent).

Wenn ich mir jetzt anschaue die Kritik des Rechnungshofs am Beschluss Typenentscheidung in der Bundesregierung am 2. Juli 2002, dann richtet sich die Kritik des Rechnungshofs genau auf das, nämlich dass man Nettopreisangaben ohne Steuern und Abgaben angegeben hat, hier in einem Strategiepapier wird das ein Jahr vorher bereits beschrieben als bereits ins Auge gefasste und als Strategie vorgenommene Verschleierung. Was können Sie als damalige Generalsekretärin der ÖVP aus Ihren Wahrnehmungen, aus Ihrem Wissen dazu sagen?

Maria Rauch-Kallat: Das, was Sie mir gerade vorgelesen haben, war mir weder damals noch bis heute bekannt. Ich habe das jetzt aus Ihren Zitierungen das erste Mal gehört. Ich habe mich auch als Generalsekretärin nicht damit auseinandergesetzt. Meine Aufgabe war es, eine Partei zu führen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Das Generalsekretariat ist ja an und für sich auch eine politische Funktion und es obliegt diesen Personen damals, heute unter anderen Titeln, auch die öffentliche Kommentierung wichtiger politischer Fragen. Und Sie werden ja sicherlich auch zur Frage der Afangjägerbeschaffung Stellung genommen haben. Ist das so?

Maria Rauch-Kallat: Also ich kann mich jetzt nicht erinnern, was ich zu welchem Zeitpunkt öffentlich zum Thema Eurofighter gesagt habe, aber das lässt sich ohne Schwierigkeiten über die Dokumentation der APA erfragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der zweite Teil meiner Frage ist an die Richtung gegangen, dann Typenentscheidung am 2. Juli 2002. Wir haben also diesen Strategievorschlag in Richtung dieser Typenentscheidung zu verschleiern, wie es hier heißt. Die wahren Kosten der Gesamtbeschaffung verschleiern, und zwar durch Nettopreisangabe ohne Steuern und Abgaben. Und was wissen Sie jetzt über den Ministerratsbeschluss? Ist das in dieser Art und Weise, hier wird von Verschleierung gesprochen, im Ministerratsbeschluss steht das natürlich nicht drinnen, aber ist das in dieser Art und Weise auch vom Ministerrat beschlossen worden?

Maria Rauch-Kallat: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war nicht Mitglied des Ministerrats zu diesem Zeitpunkt. Als Generalsekretärin habe ich ausschließlich Informationen auch bekommen, die öffentlich in den Ministerratsfoyers dann entsprechend präsentiert wurden. Und man müsste dazu nachsehen, ob ich dazu überhaupt eine Stellungnahme abgegeben habe. Ich habe mich in diesen Bereichen als Generalsekretärin sicher nicht sehr oft zu Wort gemeldet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann spricht dieses Regiepapier an unter Punkt 3 im Hauptpapier selbst unter dem Titel „Politische Gegebenheiten“ die Rolle des damaligen Bundeskanzlers. Ich zitiere:

Bundeskanzler Schüssel behält sich die Entscheidung persönlich vor, das heißt, es ist die persönliche Einflussnahme von Regierungsmitgliedern der vier Eurofighterländer, wie es auch Schweden seit Jahren intensivst macht, notwendig.

Das sind zwei Punkte. Was wissen Sie darüber, ob sich Herr Bundeskanzler Schüssel damals die Entscheidung, es geht offensichtlich um die Typenentscheidung, persönlich vorbehalten hat.

Maria Rauch-Kallat: Nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, in Bezug auf politische Einflussnahmen auf Regierungsebene und ich sage das bewusst, nicht nur in Bezug auf EADS, sondern auch in Bezug auf SAAB.

Maria Rauch-Kallat: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist Ihnen auch nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): (ohne Mikro!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht auch darum, wie eine der wichtigsten Politikerinnen der Österreichischen Volkspartei was die damals gewusst hat, ob das möglicher Weise schlicht und einfach reines, persönliches Wissen des Bundeskanzlers war, so es sich in dieser Art und Weise dargestellt hat, oder ob diese Strategie mit von allen wesentlichen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen der Österreichischen Volkspartei entwickelt worden ist. Frau Kollegin Fekter! Das ist für mich keine Kleinigkeit, hier das erste Mal eine zum Zeitpunkt der Typenentscheidung ein Jahr alte Regieanweisung am Tisch zu haben, eines Waffenhändlers wie Sie sagen, ja, der für die Firma EADS aufgetreten ist. Aber das wird alles eine Frage der Bewertung sein, wo ganz genau beschrieben wird, was wird die Rolle des Bundeskanzlers sein? Was wird die Rolle des Verteidigungsministers sein? Was wird die Rolle des Finanzministers sein? Was wird die Rolle von Magna sein? Alles detailliert hier beschrieben, mit Begriffen mit Nebenvereinbarung und so weiter, und es gibt noch einen letzten Punkt. Vielleicht können Sie uns darüber zum damaligen Bundeskanzler Schüssel, da steht unter III/4: Bundeskanzler Schüssel bekannt als der große Schweiger und Abgehobene, ist aus verifizierter Sicht von Österreich heraus nicht zu kontaktieren, siehe Anlage 3, Punkt 6.

Und wenn man sich jetzt Anlage 3, Punkt 6 anschaut, dann findet man hier: Schüssel verlangt von Scheibner einen Finanzierungsplan (beruft sich auf Regierungsabkommen) und lässt Gegengeschäftstangente allein nicht gelten. Ansonsten überlässt er dem Verteidigungsminister die Beschaffung. Und dann kommt in der Klammer etwas, wozu ich Sie fragen möchte. Die Schreiber-Geschichte TFE und ZZW Radar soll noch nicht ausgestanden sein, daher die Zurückhaltung von Schüssel.

Bei der Schreiber-Affäre hat es sich gehandelt um die so genannten Tomson-Affäre, Beschaffung von Radargeräten, wo es im Kalender des bayrischen Regierungsmittgliedes Wiesheu Querverweise auf den damaligen Bundeskanzler gibt, und Schreiber Hinweise liefert hat, die damals nicht untersucht werden konnten, weil es weder einen Untersuchungsausschuss, noch ein gerichtliches Verfahren dazu gegeben hat. Das stelle ich jetzt nur der Ordnung halber fest. Was wissen Sie aus damaliger Sicht rückblickend über diese so genannte Schreiber-Wiesheu-Affäre und die Bedeutung, die sie für den damaligen Bundeskanzler hatte.

Maria Rauch-Kallat: Ausschließlich das, was in den damaligen Zeitungen veröffentlicht wurde und auch entsprechend immer dementiert wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es wird in dem Papier noch auf eine ganze Liste weiterer Punkte eingegangen. Das möchte ich jetzt nicht tun, sondern jetzt zum Thema Parteienfinanzierung kommen.

Es gibt eine Spenderliste, eine so genannte Spenderliste nach Parteiengesetz, die von den Parteien dem Präsidenten des Rechnungshofes zu übermitteln ist. Darin sind alle Spenden, die eine Höhe von 7 260 € überschreiten namhaft zu machen, und zwar mit der Höhe und dem Spender oder der Spenderin.

Ich gehe davon aus, dass die ÖVP wie jede andere Partei, die solche Spenden erhalten hat, solche Spenderlisten an den Rechnungshof übersandt hat. Zu der Zeit in der Sie Generalsekretärin waren, wer hat damals in der ÖVP diese Spenderliste an den Rechnungshofpräsidenten übersandt?

Maria Rauch-Kallat: Die Buchhaltungsabteilung und ich habe in allen meinen Funktionen im Laufe meines Lebens immer darauf geachtet, dass gesetzliche Vorgaben peinlichst genau eingehalten wurden. Ich kann daher auch mit Sicherheit

behaupten, dass diese Listen korrekt übermittelt wurden. Zuständig war der jeweilige Abteilungsleiter der Buchhaltung in der Bundespartei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie dem Ausschuss sagen, wer das zum damaligen Zeitpunkt war und wer das heute ist? Die zuständigen Personen?

Maria Rauch-Kallat: Ich weiß nicht wann, denn es gab in der Zwischenzeit einen Wechsel, jetzt ist es der Herr Scherlovsky und früher war es der Herr Diplomkaufmann Weiß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie selbst inhaltlich diese Spenderlisten geprüft?

Maria Rauch-Kallat: Sie wurden mir vorgelegt und ich habe im vollen Vertrauen in die Buchhaltungsabteilung sie auch entsprechend durchgesehen. Ich glaube nicht, dass ich sie abgezeichnet habe, das ist nicht notwendig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für welche Jahre haben Sie die Spenderlisten gesehen?

Maria Rauch-Kallat: Sicher in jedem Jahr, weil ich für die Finanzen auch verantwortlich war und mir Berichte, die weitergeleitet wurden immer vorlegen habe lassen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte nur, damit wir es genau bei Protokoll haben und es mir selbst nicht ganz klar ist, dass Sie sagen in welchen Jahren genau das war.

Maria Rauch-Kallat: Ich kann es Ihnen sagen, von 1995 bis 2002, weil ich in diesen Jahren Generalsekretärin war. Im Jahr 2003 habe ich am 28. Februar gewechselt und am 2. oder 3. März übergeben, und da habe ich mit Sicherheit keine Listen mehr gesehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, die Spenderliste für 2002 gehört noch dazu?

Maria Rauch-Kallat: Selbstverständlich, liegt in diesem Zeitraum.

Obmann Dr. Peter Pilz: Meine Fragezeit ist vorbei. Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezuglich der Spenden, die die ÖVP bekommen hat waren da Firmen dabei, die im Umfeld oder Nahebereich von EADS, Eurofighter-Beschaffungsvorgang et cetera anzusiedeln sind?

Maria Rauch-Kallat: Mit Sicherheit nicht, weil wir primär uns von Einzelpendlern auch finanziert haben, also Einzelpersonen.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Bundesgeschäftsführer der SPÖ war mehrmals bei den Unternehmungen die Flieger betreffend. Waren Sie als Generalsekretärin bei EADS, Bei Eurofighter GmbH oder in Manching draußen, oder dann eben bei der EBD, die die Gegengeschäfte abwickelt. Hatten Sie zu diesen Unternehmungen persönlich Kontakt?

Maria Rauch-Kallat: Mit Sicherheit nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist eine Vertretung dieser Unternehmungen an Sie herangetreten im Hinblick auf man könnte da etwas tun für die ÖVP, sei es Projektfinanzierung oder was immer?

Maria Rauch-Kallat: Mit Sicherheit nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In diesem Papier, das der Herr Pilz zitiert hat, damit es im Protokoll ist, daher sind Sie gefragt worden, obwohl Sie ja nachweislich nichts damit zu tun hatten, steht dezidiert eben drinnen, dass der Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nicht ansprechbar ist, weil er hier blockt. Er wird als großer Schweiger und „abgehoben“ bezeichnet. Wörtlich heißt es hier „ist aus verifizierter Sicht“, das heißt die waren sich ziemlich sicher, „von Österreich heraus

nicht zu kontaktieren“. Und dann wird eben hier auch noch angeführt, dass Schüssel das Beschaffungsgeschäft allein Scheibner überlässt. Und dann wird die Geschichte (damals von Schreiber bezüglich der Radar- und TFE-Sache erwähnt, nämlich dass er im Telefonbuch Schreibers aufgetaucht ist und man versucht hat, Schüssel hier einen Kontakt zu unterstellen, der in Wirklichkeit immer dementiert worden ist, der nie zustande kam und aus dieser Zeit der Anschüttungen und Verleumdungen heraus war Dr. Schüssel immer sehr, sehr vorsichtig, wenn es um Beschaffungsvorgänge ging. Können Sie das bestätigen, dass diese Vorsicht in der ÖVP geherrscht hat?

Maria Rauch-Kallat: Absolut.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, in der ÖVP hat man Beschaffungsvorgänge immer mit möglichster Distanz und Transparenz betrachtet, weil man gewusst hat was daraus für eine Hintergrundmediale Verleumdungskampagne werden kann.

Maria Rauch-Kallat: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich bin sehr froh, dass wir hier die Unterlagen haben, die das genau analysieren und eigentlich darauf hinweisen, dass sozusagen der Bundeskanzler damals in keiner Weise anfällig bezeichnet wurde für gewisse Finanzierungen oder Beeinflussungen. Bezuglich der Gegengeschäfte wird in diesem Papier auch angeführt, dass Schüssel dezidiert die Gegengeschäftsargumentation nicht der Beschaffung überlassen wollte, sondern sie nur zusätzlich gelten lassen wollte, also wörtlich heißt es hier, lässt Gegengeschäftstangente allein nicht gelten. Und umgekehrt hat aber Scheibner Bartenstein die positive Gegengeschäftsargumentation nicht allein überlassen wollen, und Scheibner wollte daher auch die Gegengeschäftsvereinbarungen an sich ziehen, um negative Reaktionen der Öffentlichkeit betreffend die Abfangjägerbeschaffung zu machen, dagegen gab es aber ressortinterne Widerstände. Ich bin sehr froh, dass wir da so eine eigentlich realistische Zeichnung der Vorkommnisse, die sich ja dann im Laufe der Jahre als eher so eintretend dargestellt haben. Also der Herr Wiederwohl, das war ein Kenner der Lage, der im Detail das gut analysiert hat, und ich bin sehr froh, dass die Position vom Bundeskanzler Schüssel und den ÖVP Ministern hier so beschrieben ist, wie sie dann auch tatsächlich war, nämlich absolut Korruptionsfrei. Bezuglich der Parteienfinanzierung hat Lorenz Fritz von der Industriellenvereinigung ausgesagt, er hätte mit Ihnen, er hat sich nicht mehr ganz genau an das Jahr erinnern können 2000, 2001 oder vielleicht war es auch 2002, er hätte mit Ihnen darüber gesprochen, dass die IV beabsichtigt, die Spenden an die Partei zurückzufahren. Was können Sie uns dazu berichten?

Maria Rauch-Kallat: Es hat sicher einmal jährlich ein Gespräch gegeben zwischen dem Generalsekretär Lorenz Fritz und mir über Unterstützungen der Industriellenvereinigung für die Arbeit der ÖVP. Es hat hier auch immer wieder gemeinsame Projekte gegeben, wie zum Beispiel Veranstaltungen, wo uns auch die Industriellenvereinigung zum Teil die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Es hat gegeben Projekte, die sehr oft im europäischen Bereich angesiedelt waren, also Broschüren, Studien, oder Arbeitsmarkt oder Wirtschaftsentwicklungsberichte. Und bei diesen jährlichen Besprechungen ist es durchaus möglich, ich kann mich jetzt nicht dezidiert daran erinnern, dass Lorenz Fritz gesagt hat, es wird mit den finanziellen Mitteln schwieriger. Das war aber eine allgemeine Entwicklung. Aber ich kann mich jetzt nicht dezidiert an ein Gespräch erinnern.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke, Kollege Kräuter bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, zum dem Papier da, das die Kollegin Fekter in einer wirklich tollkühnen Art und Weise interpretiert, sind ja in erster Linie an die EADS Leute Fragen zu richten, aber ich werde dann trotzdem noch Anmerkungen machen, aber zuerst hätte ich folgende Frage an Sie, Frau Kollegin: Sie haben vorher gesagt, bei den Spenden an die Industriellenvereinigung war nicht erkennbar, ob es von der IV kommt oder von Firmen, so war eingangs die Aussage.

Maria Rauch-Kallat: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, jetzt hat die Frau Kollegin Fekter da mit einer Frage nachgesetzt und gesagt, ob von EADS oder Eurofighter Spenden sind und Sie haben dann gesagt nicht. Jetzt habe ich da ein Verständnisproblem, wenn man einerseits sagt, ohne unterstellen zu wollen, dass das geschehen ist, wenn man einerseits sagt, man weiß nicht, ob diese Spende direkt von der IV ist, oder von Firmen, kann man es ja seriöserweise nicht abschätzen, ja, dass das von Eurofighter oder EADS ist.

Maria Rauch-Kallat: Die Frage war anders. Die Frage war, von den Spenderlisten, ob da Firmen dabei waren, die in die Nähe von EADS zu bringen wären. Und ich habe auch geantwortet in diesen Listen waren primär Einzelspender und nicht Firmen, ich habe immer diese Listen sehr genau angesehen, weil wir uns auch bedankt haben, bei diesen Einzelpendlern. Das geht bis zu 5 € Spenden von der Pensionistin, das werden Sie auch kennen. Und von den Firmen, die uns gegebenenfalls, ich weiß nicht, 20 000 oder 30 000 Schilling geschickt haben, die auch nicht zu veröffentlichen waren, könnte ich mich nicht erinnern, dass da irgendetwas in der Nähe von EADS wäre, ich hätte es auch gar nicht gewusst, muss ich dazu sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eben, den Punkt wollte ich herausarbeiten, und es ist ja auch mit dem Herrn Lorenz Fritz diskutiert worden, man kann es eben nicht ausschließen, letztendlich. Lorenz Fritz hat sich auf Vertraulichkeit berufen...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Er hat ausgeschlossen, und zwar mehrmals, machen Sie keinen falschen Vorhalt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was Sie da hineinbrüllen, Frau Kollegin, stimmt ja nicht, wie so oft. Das heißt, diese Feststellung ist noch ausständig, und daher muss eben der Untersuchungsausschuss diesen Fragen auf den Grund gehen, ob Firmen, die in irgendeiner Art und Weise einen Zusammenhang mit dem Geschäft haben können, auf Spendenbasis, sozusagen involviert waren. Und das ist da der Hintergrund. Und ich verstehe das, man kann das nicht ausschließen, zumal man ja nicht feststellen kann, wenn von der IV was kommt, ob das von einer Firma dorthin kommt oder von Einzelpersonen. Und es war eben dann so, nach dem Rechenschaftsbericht, dass 2001 waren es 569 810 €, 2002 dann 1,9 Millionen, ich verstehe, dass in einem Wahljahr die Spendeneinnahmen zunehmen, habe da nur noch eine Verständnisfrage, Sie haben gesagt, Beiträge von 2003 sind auf 2002 vorgezogen worden. Wie muss man sich das vorstellen?

Maria Rauch-Kallat: Es hat immer wieder sozusagen eine nicht eine bestimmte Summe, aber in der Höhe ähnliche Summe gegeben für diese gemeinsamen Projekte und ich kann mich durchaus daran erinnern, dass ich im Jahr 2002, bei den vorgezogenen Neuwahlen, vorstellig wurde bei der Industriellenvereinigung, um zusätzliche Beiträge für den Wahlkampf und Sie wissen, dass im Laufe eines Budgetjahres im September/Oktober nicht enorm viele Mittel vorhanden sind, und da war die Antwort unter der Bedingung, dass dann im Folgejahr die Beiträge geringer werden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das verstehe ich, also jetzt zu diesem Papier, dieser Supergau schlechthin, Frau Kollegin Fekter, neben dem Kostenverschleieren und Schüssel behält sich die Entscheidung vor, komme ich jetzt zu noch einem Punkt, der mir sehr sehr entscheidend erscheint. Da steht doch tatsächlich auf Seite 5 in diesem Papier, das ergibt die Notwendigkeit einer gerade noch rollfähigen Klammer auf besser flugfähigen mit drei Rufzeichen Variante. Frau Fekter aufgepasst, bitte: Alles andere wird dann über die Jahre nachbeschafft und unterliegt keiner politischen Diskussion mehr. Und das einzige, was in Großbuchstaben mit Rufzeichen dem gesamten Papier hervorgegeben ist, ist nämlich wichtige Vorgangsweise. Also, deutlicher kann man es eben gar nicht ausdrücken, dass man eine gerade noch rollfähige Variante, und dann, wenn dann Gras drüber gewachsen ist, wird dann nachbeschafft, und dann gibt es eben keine politische Diskussion mehr. Also, deutlicher, Frau Kollegin Fekter, kann man das gar nicht charakterisieren, was wir jetzt in acht Monaten hier herausgearbeitet haben. Ich hätte eine letzte Frage an die Auskunftsperson: Sie kennen die Firma MBA HandeslgmbH. Und wir sind dann letztes Mal nach vielen Mühen und Irritationen draufgekommen, dass eben dieses Anwesen dieser Firma gehört. Kennen Sie diese Lokalität?

Maria Rauch-Kallat: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Waren Sie schon einmal dort?

Maria Rauch-Kallat: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wo ist denn das?

Maria Rauch-Kallat: In Schottland.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist in Schottland. Welchen Wert muss man sich vorstellen bei so einem Schloss?

Maria Rauch-Kallat: Kann ich Ihnen nicht sagen, aber wird wahrscheinlich viel Geld kosten zum renovieren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wann hat die Firma, die Ihrem Mann gehört, das erworben? Wissen Sie das?

Maria Rauch-Kallat: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War das vor dem Jahr 2000 oder nachher, kann man das so eingrenzen?

Maria Rauch-Kallat: Nachdem ich es nicht weiß, kann ich es nicht eingrenzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wann waren Sie das erste Mal dort, da können wir das vielleicht ein bisschen.

Maria Rauch-Kallat: 2003, das müsste ich nachsehen, das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Aber ich würde sagen 2003, 2004.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Verfügt die Firma MBA noch über weitere Immobilien dieser Art?

Maria Rauch-Kallat: Das weiß ich nicht, das müssen Sie die Firma MPA fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das war schwierig. Ich habe Herrn Mensdorff-Pouilly gefragt, ob ihm das Schloss gehört. Dann hat er gesagt, Nein. ... will er nicht klagen, weil das ohnehin nichts bringt. Und eher durch Zufall sind wir dann darauf gekommen, dass es einer Firma die ihm zu 100 Prozent gehört, gehört, also ihm gehört. Das ist dann wirklich augenscheinlich geworden.

Sie haben über die im hundertprozentigen Besitz Ihres Gatten befindlichen Firma über weitere Immobilien keine Kenntnisse?

Maria Rauch-Kallat: Nein. Ich habe im Jahr 1994 bei meiner Eheschließung, am Tag vor meiner Eheschließung mit meinem Mann einen Ehevertrag abgeschlossen, wonach wir strikte Trennung der Güter und der Besitzungen, auch der Geschäfte unterzeichnet haben. Und aus diesem Grunde habe ich mich ganz bewusst immer auch von allen unternehmerischen Tätigkeiten meines Mannes getrennt gehalten, was ich auch weiterhin tue, auch jetzt mit meinem eigenen Unternehmen. Sie wissen haargenau, es hat hier versucht Unterstellungen vielfältiger Art zu geben in meiner politischen Tätigkeit. Und dieser Ehevertrag der im damaligen Unvereinbarkeitsausschuss auch vom damaligen Vorsitzenden des Unvereinbarkeitsausschusses eingesehen wurde, wurde auch als solches bestätigt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das hätte an sich in einem vertraulichen Teil einer Sitzung gehört. Aber ich bedanke mich für die Antwort.

Maria Rauch-Kallat: Bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Ich habe mir jetzt diese Papiere durchgearbeitet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir jetzt noch im Juni diese Arbeit beenden können. Das sind dermaßen viele Informationen drinnen, dass wir eine ganze Reihe von Zeugen neuerlich werden laden müssen.

Ich kann jetzt nicht mich mit Frau Rauch-Kallat mich damit abfinden, dass sie Herrn Bundeskanzler außer Dienst und nunmehrigen Klubobmann interpretieren soll, der da drinnen ziemlich schwer belastet wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): (ohne Mikro!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Belastet wird. Es wird hier ganz klar über die ganzen Umstände im Zusammenhang mit der so genannten Schreiberprozess und aus dem Grund nicht persönlich anzusprechen sei.

Der Herr Finanzminister außer Dienst, hier wird bereits mit Nebenvereinbarungen als Schwerpunkt Magna genannt. Als einzige Firma muss man mit Magna eine Nebenvereinbarung schließen, damit man überhaupt mit dem Eurofighter ins Geschäft kommt. Das ist eine schwere Belastung des Herrn Grasser, bitte, und sonst gar nichts.

Ich kann weiter zitieren. Wenn ich mir die Beilage 3 anschau und sie mit Beilage 2 und Beilage 1 vergleiche, dann sehe ich, dass das gar nicht vom Herrn Wiederwohl erstellte Unterlagen sind, sondern diese Unterlagen stammen mit hoher Wahrscheinlichkeit aus den Ministerien.

Bei Beilage 3 kann ich davon ausgehen, dass diese...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): (ohne Mikro!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das Ministerium würde nicht Hillibilli schreiben, aber Mitarbeiter des Ministeriums die für andere tätig sind, nicht gemeldete Nebentätigkeiten ausüben, die schreiben für einen ...

Bitte, Frau Kollegin Fekter, lassen Sie diese wirkliche Ungezogenheit, anderen Leuten einfach das Mikrofon abzudrehen. Wir werden sonst wirklich wieder da herinnen einen anderen Ton einschlagen müssen, mit Sitzungsunterbrechung und dergleichen mehr, weil das ist einfach unmöglich. Ich bin nicht mehr gewillt, mir das von Ihnen bieten zu lassen. Das macht kein einziges Mitglied dieses Ausschusses außer Ihnen.

Nein, nicht Unsinn. Das ist eine miserable Kinderstube und sonst gar nichts von Ihnen, das tut sonst niemand in dem Ausschuss.

Die Formulierungen in dieser Beilage 3 sagen klipp und klar, Österreich findet das Auslangen mit 12 Flugzeugen, man braucht aber für europäische Operationen weitere 12 Flugzeuge, so ist man auf die 24 gekommen, sagt aber dann, dass man eine reduzierte Zahl von 18 Flugzeugen anschaffen kann, mit 6 Doppelsitzern als Schulungsflugzeuge.

Hoher Ausschuss! Das ist exakt das, was am Schluss herausgekommen ist. Und das ist bitte ein Jahr vor der Typenentscheidung gemacht worden. Das ist ein Jahr vor dem Hochwasser gemacht worden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender! Er muss schon richtig sagen, es geht um die Gripen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter! Es reicht jetzt wirklich bald. Wenn Sie das nächste Mal die Sitzung stören, werden wir die Sitzung unterbrechen. Kollege Stadler, bitte fortzufahren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zitiere wörtlich. Darüber hinaus ist ein dreiteiliger Beschaffungsmodus vorgesehen:

A. Beschaffung einer Staffel, 12 Flugzeuge für innerösterreichische Luftraumüberwachungsaufgaben.

B. Beschaffung einer Staffel, 12 Flugzeuge für europäische Operationen. Das ist für ein neutrales Land bemerkenswert.

C. Beschaffung von Schuldoppelsitzern (6 Flugzeuge). Der Beschaffungsmodus ist wechselseitig kombinierbar. Dadurch ist es möglich, die Stückanzahl bei Beschaffungsbeginn scheinbar zu verringern. Am wahrscheinlichsten ist die Variante A plus C, das sind 18 Flugzeuge, nämlich 12 Flugzeuge für die innerösterreichische Luftraumüberwachung plus 6 Schulungsflugzeuge. Und Option auf B für die europäischen Operationen.

Wir haben es schwarz auf weiß, eineinhalb Jahre vor dem Hochwasser und ein Jahr vor der Typenentscheidung. Gerechnet wird mit einem Erstfinanzierungsbedarf von 20 Milliarden S. Die anfallenden vier Milliarden S will man über eine Bundesländeraktion einsparen.

Der ganze Duktus dieses Papiers im Vergleich zum Duktus von Anlage 1 und Anlage 2 zeigt, dass es sich hier mindestens um drei, wenn nicht sogar um vier Autoren handelt. Ein Autor ist bekannt, das ist Herr Wiederwohl aus der Steiermark, was diesen Bericht anlangt.

Autor von Anlage 1, Autor von Anlage 2, Autor von Anlage 3 sind nicht bekannt. Autor von Anlage 3 ist mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums. Das ergibt sich aus dem ganzen Abkürzungsverhalten. Aus dem Duktus und aus der Darstellung ergibt sich das klipp und klar, dass das hier ein Papier von jemandem ist, der jedenfalls im Verteidigungsministerium als Insider gilt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, ich muss mir jetzt in einer Sitzungsunterbrechung überlegen, wer hier aller aufgrund dieses Papiers neuerlich zu laden ist.

Ich könnte jetzt Seite für Seite durchgehen und habe auf jeder Seite eine einzige, jeweils zumindest eine Ungeheuerlichkeit entdeckt, die wir versucht haben, hier mühsam in monatelanger Arbeit herauszufinden, die sich alle bereits im Mai 2001 als

fixfertiger Regieplan bereits ergeben hat. Das Papier ist in seiner Brisanz gar nicht zu überschätzen.

An Frau Rauch-Kallat hätte ich noch eine Frage, weil wir heute schon einmal auch eine andere Auskunftsperson danach gefragt haben, weil Sie jetzt auch den Ehevertrag zitiert haben, frage ich Sie jetzt mit der gebotenen Zurückhaltung, das sage ich gleich dazu.

Haben Sie in der Beschaffungsphase 2001 bis 2004 dort einen ungewöhnlichen Vermögenszuwachs gehabt?

Maria Rauch-Kallat: Einen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Einen ungewöhnlichen Vermögenszuwachs gehabt?

Maria Rauch-Kallat: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte es nur für das Protokoll haben. Haben Sie die Eigentumswohnung, die man Ihnen geschenkt hat, hat die direkt oder indirekt mit dem Beschaffungsvorgang zu tun?

Maria Rauch-Kallat: Niemand hat mir eine Eigentumswohnung geschenkt. Ich habe eine Eigentumswohnung gekauft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Finanzierung dieser Eigentumswohnung hat auch nichts...

Maria Rauch-Kallat: Absolut nichts. Das lässt sich alles nachvollziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen, aber ich wollte es nur beim Protokoll haben, weil wir diesbezügliche Hinweise bekommen haben. Daher frage ich danach, mit der gebotenen Vorsicht, damit es klar ist, damit mir niemand vorhalten kann, man hätte Sie damit nicht konfrontiert. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Ich würde jetzt Folgendes vorschlagen, dass wir mit Frau Abgeordneten Rauch-Kallat jetzt noch Fragen zur Parteienfinanzierung weiter fortsetzen, so weit es noch notwendig ist, dazu zu fragen.

Bei den in der ersten Fragerunde hat sich schon herausgestellt, dass Sie zur damaligen Strategieentwicklung Draken Nachfolgebeschaffung, dem Ausschuss keine Angaben machen kann, das heißt, nicht bestätigen kann, ob diese Regiepläne, die uns jetzt schriftlich vorliegen, damals auch in der ÖVP diskutiert und politische Grundlage gewesen sind.

Maria Rauch-Kallat: Mit Sicherheit nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein. Ich wiederhole das nur. Deswegen erachte ich es persönlich für nicht übermäßig sinnvoll, da jetzt in dem Punkt weiter zu befragen. Und dann würde ich der Anregung vom Kollegen Stadler nachkommen. Ich glaube, wir brauchen dann eine Sitzungsunterbrechung aus inzwischen zwei Gründen, und die sage ich kurz.

Erster Grund ist dieses Papier. Das änderte die Situation insofern als zum ersten Mal eine politische Regieanweisung für die Drakennachfolgebeschaffung vorliegt, die eine Reihe von Fragen aufwirft und wo es um, sagen wir es einmal sehr vorsichtig, sehr seltsame Vorhaben bis hin zu geplanter und bewusster Verschleierung der Folgen der Ministerratsentscheidung geht. Das Zweite ist, wir haben vorbesprochen, dass ins Auge gefasst werden könnte auf Grund der Versuche von zumindest fünf wichtigen Auskunftspersonen des Ausschusses, die sich ganz offensichtlich der Befragung entziehen wollen, mit dem Ziel, so die letzten zwei Tage noch zu überstehen und dann

keine Fragen beantworten zu müssen. Wir haben überlegt, ob wir am allerletzten unserem Zeitplan gemäß möglichen Tag, nämlich dem 26. Juni noch eine letzte Möglichkeit einräumen, diesen Personen vor dem Ausschuss zu erscheinen. Es gibt einen Rundlauf. In diesem Rundlauf, der von allen fünf Fraktionen genehmigt ist, ist der 26. Juni bereits ausschließlich der Beratung des Berichtsentwurfes sowie das Gutachten der beauftragten Universitätsprofessoren gewidmet. Nach mehrmaliger Rückfrage weigert sich die ÖVP, an diesem Tag Befragungen zuzulassen. Es spricht einiges dafür, weil es in diesem Haus so Usus ist, dass damit weitere Befragungen blockiert sind zumindest für diesen Tag. Und es wird notwendig sein, jetzt dann sehr bald im Ausschuss in einer Sitzungsunterbrechung dann in einer Geschäftsordnungssitzung darüber zu reden wie weit da vorgegangen werden muss. Das werden wir nicht jetzt in der öffentlichen Sitzung erörtern, sondern in einer baldigen Sitzungsunterbrechung und dann in einer Geschäftsordnungssitzung.

Zur Frage der Parteienfinanzierung habe ich noch ein paar ergänzende Fragen. Es muss Ihnen ja bekannt sein in den Jahren 2000, 2001 und 2002 wie viele Spenden durch das System, das ich als Spendenwäsche, das ist ja kein strafrechtlicher Tatbestand, das ist ja in Österreich legal, bezeichne, an die ÖVP geflossen sind. Im Falle der FPÖ können Sie über keine persönlichen Wahrnehmungen verfügen. Das waren aller Wahrscheinlichkeit nach aus dem Bereich der Industriellenvereinigung, Bundes- und Landesindustriellenvereinigung im Jahr 2000 – 363 364 €, im Jahr 2001 – 569 755 € und im Jahr 2002 – 1 369 105 €. Können Sie dem Ausschuss so von der Größenordnung her angeben, wie viel davon Spenden direkt von der Industriellenvereinigung waren und wie viel davon Gelder waren, die von Firmen über die Industriellenvereinigung an die ÖVP weitergeleitet worden sind?

Maria Rauch-Kallat: Das kann ich nicht, weil ich ja nur sozusagen die Summen von der Industriellenvereinigung habe. Und wie ich vorhin schon gesagt habe und es von der Industriellenvereinigung keinerlei Information darüber gegeben hat, welche Firmen dort eingezahlt haben. Aber die Summen, die Sie jetzt angeführt haben, waren zum Teil auch Summen, die von der Industriellenvereinigung von Landesorganisationen der Industriellenvereinigung an Landesparteiorganisationen geflossen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig. Das entspricht dieser Meldepflicht. Deswegen hätte mich zweierlei interessiert, ob Sie erstens wissen wie viel Spenden der IV und andererseits Spenden von Firmen waren. Das haben Sie jetzt beantwortet. Und das Zweite ist, ob Sie wissen und diese Frage ergänze ich dahingehend wie viel davon Spenden an die Bundespartei waren und wie viel Spenden an Landesorganisationen waren? Ist Ihnen das bekannt?

Maria Rauch-Kallat: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber darüber müsste die ÖVP Auskunft geben können. Ist das richtig?

Maria Rauch-Kallat: Wenn man in den Unterlagen nachsieht, muss sich das herausfinden lassen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie ungefähr von der Größenordnung sagen, weil bei der FPÖ haben wir eine ganz gut begründete Vermutung, dass einzelne Landesparteien in sehr hohem Maße solche Spenden erhalten haben. Gibt es Ihrer Erinnerung nach einzelne Landesorganisationen der ÖVP, die im besonderen Maße solche Spenden?

Maria Rauch-Kallat: Kann ich Ihnen nicht dezidiert sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihrer Erinnerung nach?

Maria Rauch-Kallat: Aber es waren keine enorm hohen Beträge.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. So können mit Sicherheit ausschließen, dass Firmen, die entweder mit dem Kauf zu tun haben, also mit der Beschaffung zu tun haben oder mit den Gegengeschäften zu tun haben im fraglichen Zeitraum der ÖVP gespendet haben?

Maria Rauch-Kallat: Also der ÖVP gespendet haben in dem Sinne, dass bei uns Spendeneingänge eingegangen wären, kann ich ausschließen, weil es keine hohen Beiträge oder keine hohen Spenden diesbezüglich gegeben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie das für alle Firmen, die sich auf der Gegengeschäftsliste des Wirtschaftsministeriums finden, mit Sicherheit sagen?

Maria Rauch-Kallat: Erstens kenne ich die Liste der Gegengeschäfte nicht. Daher müsste ich diese Liste durchsehen und dann die Buchhaltungsunterlagen der ÖVP, die mir jetzt nicht mehr, da ich nicht mehr Generalsekretärin bin, nicht zur Verfügung stehen, dann könnte ich es ausschließen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja das heißt, Sie haben sich nicht eine Liste beschafft der Firmen, die in einer oder anderen Form mit dem Eurofighter Geschäft zu tun haben, um dann überprüfen zu können, ob da irgendwer versucht, der ÖVP eine Spende zukommen zu lassen. Ist das richtig?

Maria Rauch-Kallat: Das ist richtig. Ich habe allerdings bei allen Spenden, die bei der ÖVP eingegangen sind, die eine Summe würde ich jetzt einmal sagen von 1 000 € überschritten haben, durchgesehen wer gespendet hat und in der Regel waren uns diese Firmen alle bekannt. Unbekannte Spender hat es nicht gegeben. Also außer es hat jemand anonym etwas überwiesen. Aber das waren keine großen Spenden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt gibt es ja in diesem Zusammenhang einen größeren Problembereich und der heißt, Spenden von Firmen, die sich an öffentlichen Ausschreibungsverfahren oder vergleichbaren Verfahren beteiligen beziehungsweise öffentliche Anträge annehmen und ausführen. Können Sie ausschließen, dass die ÖVP von solchen Firmen Spenden erhalten hat?

Maria Rauch-Kallat: Ich kann ausschließen, dass mir davon in irgendeiner Form etwas zur Kenntnis gebracht wurde in der Zeit, wo ich Generalsekretärin war. Und da ich einen relativ guten Überblick über die Finanzsituation hatte, kann ich das eigentlich ausschließen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie können ausschließen, dass auch nur eine, was sind so typische Firmen? Zum Beispiel, Baufirmen, sind so typische Firmen, die in hohen Maße öffentliche Aufträge ausführen. Sie können zum Beispiel ausschließen, dass die ÖVP Spenden aus der Bauindustrie erhalten hat?

???? (ohne Namensnennung; ohne Mikro!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich versuche jetzt über das System einmal

Maria Rauch-Kallat: Wenn Sie meinen, dass möglicherweise in der Industriellenvereinigung Spenden drinnen waren, dann kann ich es nicht ausschließen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bauunternehmungen haben nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, ich kann natürlich nur reden von Ihnen bekannt gewordene direkte Spenden von Firmen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir sind kein Schnüffelausschuss.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da können Sie die Bauindustrie zum Beispiel ausschließen?

Maria Rauch-Kallat: Ja. Ich kann mich an keine größere Spenden irgendeiner Firma erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es in der ÖVP irgendeine interne Regelung, die sagt, Spenden auch für die Landesorganisationen, Spenden von Auftragnehmerinnen öffentlicher Aufträge oder Firmen, die sich an Ausschreibungsverfahren oder ähnlichen Verfahren beteiligen, dürfen nicht angenommen werden?

Maria Rauch-Kallat: An eine derartige Regelung kann ich mich nicht erinnern. Ich habe aber keinen Einblick als Generalsekretärin der Bundespartei in die Finanzgebarungen der Bundesländer gehabt. Und ich kann das jeweils nur für die Bundesparteiorganisation ausschließen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich habe dazu keine weiteren Fragen. Gibt es noch Fragewünsche von der ÖVP? – Das ist nicht der Fall. Von der SPÖ? – Das ist auch nicht der Fall. Kollege Darmann? – Auch nicht. FPÖ auch nicht mehr. Von der Kollegin Fekter doch noch. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, weil wir uns ja wahrscheinlich dann in eine vertrauliche Sitzung zurückziehen müssen und dann das alles nicht mehr beim Protokoll ist: Dieses Papier, nämlich aus meiner Sicht ziemlich skurril, ist die persönliche, sage ich einmal, Beratungstätigkeit von Herrn Wiederwohl mit Stand 10. Mai 2001. Wir haben uns immer wieder gefragt, was denn diese vielen Berater, die uns während der Untersuchungen untergekommen sind, alles an ihre Auftraggeber melden, und dieses Papier ist so eine Meldezettel in Richtung Beratung, was Herr Wiederwohl zum damaligen Zeitpunkt für eine Meinung bezüglich des Beschaffungsvorganges hatte.

Da trifft er einige Dinge punktgenau, die dann auch in der ex-post-Situation so zu bewerten sind, aber er trifft einige Dinge überhaupt nicht, also da liegt er ziemlich daneben, wie beispielsweise am 15. Dezember 2001 will Scheibner die Vergabe- und die Zuschlagserteilung bekannt geben und der Öffentlichkeit verkünden.

Also, dass dies nicht eingetreten ist, wissen wir im Nachhinein. Das heißt, er geht auch noch von einem damaligen Ungefärbudget von 40 Milliarden aus, das ist nämlich das, was Gripen immer gesagt hat für 30 Flieger. Er geht auch von 30 Fliegern aus, nämlich 24 Einsitzer, sechs Zweisitzer, diese 30 Flieger waren jetzt, glaube ich, 1999 im militärischen Bereich die Ausgangsbasis, diese ist aber bereits 2001 durch die gesetzliche Änderung im Hinblick auf das operative Konzept gesetzlich reduziert worden. Herr Wiederwohl geht weiters in seiner Meinung davon aus, dass wir zwölf Flieger selbst verwenden und zwölf Flieger, sage ich einmal, herleihen oder was immer.

Auch dies ist durch die tatsächliche operative Festlegung gesetzlicher Natur in Wirklichkeit so nicht eingetreten. Das heißt, wahrscheinlich haben dann die EADS-Leute irgendwo registriert, dass Herr Wiederwohl von einem veralteten oder überholten Meinungsbild der Situation ausgeht und daher den Vertrag mit ihm nicht weiter fortgeführt.

Ich bin jedenfalls sehr froh, dass die ÖVP-Beteiligten, die da drin angeführt werden, nämlich schriftlich und mehrmals auf mehreren Seiten dezidiert als korruptionsresistent dargestellt werden, und das muss ich ganz ehrlich sagen, etwas Besseres hätte mir schriftlich gar nicht passieren können in diesem Ausschuss als das, was Herr Wiederwohl hier von sich gibt.

Was ich persönlich hier anführe, weil Herr Stadler so vermutet, woher denn diese Papiere kämen, also die Anlage zwei kommt sicher von der IV, das ist zumindest aus meiner Kopie ersichtlich, Schwarzenbergplatz 4, www.iv-net.at, das heißt, es gibt eben Dinge, die man sich dort wahrscheinlich herunterladen kann, da geht es um die Schwerpunkte bei den Gegengeschäften, nämlich im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Dauerhaftigkeit der Lieferbeziehungen.

Für mich hat dieses Papier insofern, außer dass es ein bisschen skurril ist, aber jetzt weiß ich zumindest, was jene Berater abliefern, wenn sie sozusagen für ihr Honorar Beratungstätigkeit an jene Unternehmen liefern, von denen sie bezahlt werden, das heißt, manche ihrer Wahrnehmungen sind zutreffend und manche ihrer Wahrnehmungen sind überholt und manche ihrer Wahrnehmungen sind glattes Kaffeesudlesen. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: da es sich offensichtlich um ein weiteres Papier von Herrn Wiederwohl handelt, ersuche ich die Abgeordnete, dem Ausschuss auch dieses Papier zur Verfügung zu stellen. Gibt es noch Wünsche von Seiten der SPÖ? Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch kurz zu diesem Papier zu Wort melden. Leider war es mir aufgrund meiner Anwesenheitspflicht im Menschenrechtsausschuss nicht möglich, am Anfang die Debatte zu verfolgen, aber ich habe mir dies jetzt kurz durchschauen können, möchte aber doch den Ausschuss ersuchen, ein Ansuchen an Herrn Wiederwohl zu richten oder eine Anforderung, dass wir das Original bekommen, da mir nach kurzer Durchsicht aufgefallen ist, dass das Schreiben vom 14. Mai ist, Sachstandsbericht vom 10. Mai, und hinten auf der Seite 6 der Anlage steht, Aktivitäten wie SAAB am 14. Mai 2001 im SAS Hotel in Wien setzte, das heißt, da wird schon in der Vergangenheit hier gesprochen, obwohl das Schreiben vom gleichen Tag beziehungsweise der Sachstandsbericht von vier Tagen zuvor ist, das heißt, es wäre für uns vielleicht ganz interessant, das Original zu sehen, da in so einer Kopie, ja, und diverse Fragen dann noch dazukämen, die wir natürlich dann stellen, aber so ist das Papier für mich auf den ersten Blick nicht ganz nachvollziehbar, auf jeden Fall unglücklich formuliert zumindest. Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, Kollege Darmann, ich glaube, es sind mehrere Punkte zu klären, auch worauf Kollege Stadler hingewiesen hat, die Anlage zwei ist mit größter Wahrscheinlichkeit wirklich eine Anlage aus der Industriellenvereinigung, wie Kollegin Fekter festgestellt hat, bei den Anlagen eins und drei könnte es sich um Papiere aus dem Verteidigungsministerium handeln, und es wäre natürlich sehr sinnvoll für den Ausschuss zu wissen, ob es derartige Strategiepapiere mit der expliziten Absicht der Verschleierung bestimmter Vorgänge pro futura in der Öffentlichkeit damals in einem Bundesministerium gegeben hat, ob sich dies in einem Dokument, das dem Ausschuss nicht übermittelt worden ist, wiederfindet.

So. Gibt es an die Abgeordnete **Rauch-Kallat** noch weitere Fragen? Weil wir sind jetzt ohnehin schon wieder bei einer anderen Erörterung. Das ist nicht der Fall. Dann danke ich fürs Kommen und für die Auskünfte und Ihre Befragung ist hiermit **geschlossen**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich unterbreche die Sitzung kurz, damit wir auf Fraktionsebene die weitere Vorgangsweise besprechen können und dann werden wir möglicherweise eine Geschäftsordnungssitzung brauchen, das hängt von diesen Besprechungen ab, die Sitzung ist unterbrochen.

Einen Moment, bitte. Bevor da etwas Schlimmes passiert, unterbreche ich die Sitzung, damit nicht alle jetzt da herumsitzen und warten müssen bis 14.30 Uhr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Pünktlich wie immer wird die Sitzung wieder aufgenommen. So weit ich beurteilen kann handelt es sich bei dem unterschriebenen Eurofighter um einen fast reinen ÖVP-Eurofighter.

Ich ersuche, Herrn **Manfred Fürnkranz** in den Saal zu bitten.

Wir kommen zur Befragung von Herrn Manfred Fürnkranz als Auskunftsperson. Er ist öffentlich Bediensteter, seine Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen hat uns Mitteilung gemacht, dass es die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich hält. Dieses Schreiben ist bereits an alle Fraktionen verteilt worden. Der Untersuchungsausschuss kann gemäß § 6 Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse jedoch mit Zweidrittelmehrheit beschließen, dass der öffentlich Bedienstete wegen der Wichtigkeit seiner Aussage ohne Rücksicht auf die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit auszusagen hat. Diesfalls würde die Befragung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und wäre der Inhalt der Aussage in dieser nicht öffentlichen Sitzung gemäß § 24 Verfahrensordnung vertraulich.

Liegen hierzu Wortmeldungen vor? Ich weise nur darauf hin, dass wir die bisherigen Befragungen der Finanzbeamten und Finanzbeamten durchaus in normaler medienöffentlicher Sitzung durchgeführt haben und mir bis jetzt keine Begründung vorliegt, warum von dieser geübten Vorgangsweise im Untersuchungsausschuss abgegangen werden soll.

Gibt es dazu den Wunsch sich zu Wort zu melden? – Dann frage ich, ob ein Antrag vorliegt, dass der Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit beschließen möge, dass der öffentlich Bedienstete wegen Wichtigkeit seiner Aussage ohne Rücksicht auf die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit auszusagen hat.

Gibt es ein Mitglied des Ausschusses, das einen Antrag dieser Art stellen will? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich tue mir auch schwer zu beurteilen, aber das kann sich noch ändern, was die besondere Wichtigkeit, die einen Beschluss dieser Art rechtfertigen sollte sein könnte.

Dann werden wir die Sitzung jetzt ohne Medienöffentlichkeit weiterführen.

(*Fortsetzung: nichtöffentlich.*)

A N H A N G

In der 45. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 19. Juni 2007 angenommene Einwendungen von Auskunftspersonen zur Übertragung der Wortprotokolle ihrer Befragung gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA

I.

Einwendungen der Auskunftsperson BM Dr. Martin BARTENSTEIN gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 39. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 31. Mai 2007.

- Auf Seite 8, Zeile 4 muss es **statt** „eingezogen“ und „einbezogen“ **richtig** „einbezogen“ lauten.
- Auf Seite 8, Zeile 8 muss es **statt** „???" **richtig** „Auslagerung“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 34 muss es **statt** „Stefan“ **richtig** „Stephan“ lauten.
- Auf Seite 14, Zeile 26 muss es **statt** „TextFox“ **richtig** „Testfuchs“ lauten.
- Auf Seite 16, Zeile 16 muss es **statt** „EBT“ **richtig** „EBD“ lauten.
- Auf Seite 16, Zeile 20 muss es **statt** „EBT“ **richtig** „EBD“ lauten.
- Auf Seite 19, Zeile 39 muss es **statt** „Grimmenstein“ **richtig** „Helmenstein“ lauten.
- Auf Seite 31, Zeile 17 muss es **statt** „387“ **richtig** „887“ lauten.
- Auf Seite 33, Zeile 22 und Zeile 30 muss es **jeweils statt** „Ernest & Young“ **richtig** „Ernst & Young“ lauten.

- Auf Seite 34, Zeile 19, Zeile 32 und Zeile 45 muss **es jeweils statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 9 muss **es statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 20 muss **es statt „Intants“ richtig „Intent“** lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 21, Zeile 26, Zeile 27, Zeile 35 und Zeile 46 muss **es jeweils statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 36, Zeile 10, Zeile 22 und Zeile 24 muss **es jeweils statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 37, Zeile 3 und Zeile 5 muss **es jeweils statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 38, Zeile 17 muss **es statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 48, Zeile 28, Zeile 29, Zeile 30 und Zeile 37 muss **es jeweils statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 1 muss **es statt „Siegel“ richtig „Siegl“** lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 2 und Zeile 44 muss **es jeweils statt „Hellmannstein“ richtig „Helmenstein“** lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 18 muss **es statt „Pepcoc“ richtig „Babcoc“** lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 20 muss **es statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.
- Auf Seite 55, Zeile 18 muss **es statt „Ernest & Young“ richtig „Ernst & Young“** lauten.

- Auf Seite 57, Zeile 12 muss es **statt** „Member of the Management, Bold und...“ **richtig** „Member of the Management Board“ lauten.

12. Juni 2007

Dr. Martin Bartenstein e.h.

II.

Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Klaus-Dieter BERGNER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 40. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 4. Juni 2007.

- Auf Seite 22, Zeile 24 muss es **statt** „qualifiziert schnell“ **richtig** „schnell qualifiziert“ lauten.
- Auf Seite 22, Zeile 47 muss es **statt** „Schlüsselführenden“ **richtig** „Schlüsselunternehmen“ lauten.
- Auf Seite 24, Zeile 4 muss es **statt** „First Year Supplier“ **richtig** „First Tear Supplier“ lauten.
- Auf Seite 34, Zeile 26 muss es statt „zwischen ...“ **richtig** „zwischen Abschlussbilanz der Unternehmen und Abgabedatum Report 31. Mai“ lauten.
- Auf Seite 44, Zeile 3 muss es **statt** „noch was sagen unter Mitwirkung des Gegengeschäftsverpflichteten“ **richtig** „noch was sagen zu: „unter Mitwirkung des Gegengeschäftsverpflichteten““ lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 30 muss es **statt** „zum ersten Mal 2 Prozent ...“ **richtig** „zum ersten Mal 2 Prozent an einem Airbus-Programm“ lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 48 muss es statt „BMWA“ **richtig** „BMVIT“ lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 53 muss es **statt** „2004“ **richtig** „2002“ lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 43 muss es **statt** „war“ **richtig** „was“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 26 muss es **statt** „Rachowitz (phonetisch!). Ich glaube Rachowitz.“ **richtig** „Hrachowitz. Ich glaube Hrachowitz“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 47 muss es **statt** „den Eintritt ...“ **richtig** „den Eintritt in das neue Single-Aisle-Programm“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 47 muss es **statt** „also FACC ...“ **richtig** „also FACC platziert im MAXIMUS-Programm“ lauten.
- Auf Seite 62, Zeile 8 muss es **statt** „erhält“ **richtig** „erhöht“ lauten.
- Auf Seite 74, Zeile 4 muss es **statt** „OMESCO“ **richtig** „AADS“ lauten.

12. Juni 2007

Dr. Klaus-Dieter Bergner e.h.

III.

**Einwendungen der Auskunftsperson DI Kurt WIEDERWOHL gem. § 23 Abs. 4 VO-
UA zur Tonbandabschrift der 41. Sitzung des Untersuchungsausschusses
betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 11. Juni 2007.**

- Auf Seite 5, Zeile 13 muss es **statt** „BBD“ **richtig** „BPD“ lauten.
- Auf Seite 5, Zeile 40 muss es **statt** „Kasa“ **richtig** „CASA“ lauten.
- Auf Seite 6, Zeile 10 muss es **statt** „Nik“ **richtig** „Mig 29“ lauten.
- Auf Seite 6, Zeile 19, Zeile 21, Zeile 23 und Zeile 26 muss es **statt** „Kasa“ **richtig** „CASA“ lauten.
- Auf Seite 11, Zeile 32 muss es **statt** „Jetzt sind entweder 0,3 oder 30 Prozent“ **richtig** „Heute sind es 0,3 bis zu 30 Prozent, immer abhängig vom Auftragswert“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 5 muss es **statt** „Maximowitsch“ **richtig** „Maximovic“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 33 muss es **statt** „DAU“ **richtig** „TOW (Tube Launched Optically Tracked Wire Guided Missile)“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 35 und 44 muss es **statt** „DOW“ **richtig** „TOW“ lauten.
- Auf Seite 28, Zeile 29 muss es **statt** „In der Zwischenzeit wurde diese Firma von der EADS verkauft“ **richtig** „In der Zwischenzeit wurde diese Firma von der EADS gekauft“ lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 40 muss es **statt** „Löwel“ **richtig** „Norbert Löbl“ lauten.
- Auf Seite 39, Zeile 24 muss es **statt** „Das ist die Iris Day. Die Iris Day wird erzeugt von BBG Bodensee Gerätetechnik. Jetzt sind sie umbenannt worden. Ich

weiß es nicht genau.“
richtig „Das ist die IRIS T. Die IRIS Twird erzeugt von BGT Bodensee Gerätetechnik. Jetzt sind sie umbenannt worden in Diehl BGT.“ lauten.

15. Juni 2007

DI Kurt Wiederwohl e.h.
